

8

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbauarbeiten, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Schmelzöfenbetrie- und Maschinen-, in Pflaster- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Steinholzer, und Terrazzoarbeiten

Erstausgabe am 26. Juni 1931. Sonntagsausgabe 1.-. Preis: 1.00. (ohne Postgebühr). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friebergstr. 5-6. Fernspr.: 17 2000/17 650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Genossenschaft. Geschäftsanfragen nach Carl durch „Werba“, Berlin SW 11.

Der Kampf gegen die Notverordnung.

Nach Bekanntwerden des Wortlautes der Notverordnung entbrannte sofort auf der ganzen Linie der Kampf. Nur die hinter den Ministern des Zentrums und der Staatspartei stehenden Parteien machten nicht mit. Die Zentrumspresse war sehr kleinlaut, auch die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften trat nicht sehr laut auf, obwohl die Organisationen als solche ebenfalls Protest erhoben. Dagegen führte die demokratische Presse, besonders die in Berlin erscheinende, zum Teil eine sehr scharfe Sprache gegen Regierung und Notverordnung.

Der Kampf gegen die Notverordnung entsprang natürlich den verschiedensten Beweggründen. Unsere Gründe haben wir bereits ausführlich dargelegt, die der Sozialdemokraten entspringen gleichen Auffassungen, aber bei Kommunisten und Nazis etwa sind ganz andere Gründe die Ursache ihrer Proteste. Nazis, Nazis und auch die Hugenberger wollen den Klamauk und die Katastrophe. Die einen glauben, aus dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch sei, wie einstmals der mythische Vogel Phönix verjüngt aus seiner Asche hervorgeflogen, Sowjetdeutschland, die anderen sehen als Phönix aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch das Dritte Reich steigen.

Von dem einen wie dem anderen haben selbständig und frei denkende Menschen nichts zu erhoffen. Auch wir lieben keine von der Obrigkeit, möge sie von Thälmann oder Hitler verkörpert sein, vorgeschriebene Gesinnung; wir wollen auch nicht zurück in das Brot- und Fettkartenparadies, das noch 15 Jahre nach der russischen Umwälzung das Ergebnis der Staats- und Wirtschaftskrise eines von Bolschewiken geleiteten Agrarstaates ist. Wir wollen auch keine Faschisten-diktatur, die die Arbeiterklasse politisch in die Sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückwirft und ihr wirtschaftlich einen Zustand beschert, der eine Muster-Autarkie wirtschaftlicher Genügsamkeit sein würde. In beiden Fällen würde die staatliche Hauptaufgabe im Errichten von Kertern für die Freiheitliebenden sein, die es wagen, eine eigene Meinung zu vertreten. Nein, das alles wollen wir nicht. Und deshalb haben Gewerkschaften und Sozialdemokratie keine Veranlassung, den „nationalen“ Bankrotteuren bei ihrem Bestreben, die jetzige Regierung zu stützen, hilfreiche Dienste zu leisten. Kommt es aber doch dazu, wird Brüning gestürzt oder der Reichstag aufgelöst, kommt die unverhüllte Diktatur der Stahlwerksbesitzer, kommt das Direktorium der Langnam-Männer, dann kann es nur eine Frage der Zeit sein, wann ein Bürgerkrieg Deutschland und seine Wirtschaft erzwängt; denn die deutsche Arbeiterklasse ist nicht die italienische! Wir wünschen nicht den Bürgerkrieg, selbst dann nicht, wenn jene berüchtigt gewordenen 51 % Stühreiter auf unserer Seite wären. Auch mit den „marxistischen“ Klassenkämpfern vom Stamm Moskaus machen wir nicht mit.

Protest erhoben gegen die Notverordnung hat auch die Volkspartei. „Für die Industrie seien die Lasten, die die Notverordnung ihr auferlegt, untragbar.“ Auch die Deutschnationalen protestieren, sie veranstalten sogar Protestversammlungen. Ihnen ist die Befassung der Massen zu gering. Was sagen sie natürlich nicht. Sie protestieren nur gegen die großen Lasten der „Wirtschaft“. Da aber die Finanzkalamität des Reiches doch irgendeine Beschaffung neuer Mittel erfordert, können die Proteste der Junker und der Industriellen nur die schärfere Belastung der Arbeiterklasse und weiteren Abbau der sozialen Pflichten des Reiches bezwecken. Dabei wälzt die jetzige Notverordnung schon den weitaus größten Teil der Lasten auf die schwachen Schultern der breiten Volksmassen! Um nach dieser Richtung weiter vorzustoßen zu können, erstreben Hugenberg und Nazis eine Reichsregierung mit Unterstützung der Hakenkreuzler. Nicht umsonst hat

sich in der letzten Zeit in starkem Maße das Wohlwollen bekannter Wirtschaftsführer der Hakenkreuzpartei so auffällig zugewandt.

Die Bestrebungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die Notverordnung zugunsten der Arbeiterklasse abzuändern, fanden zunächst den Widerstand eines halsstarrigen Kanzlers. Er wollte sich „sein Werk“ nicht zerbrechen lassen, lehnte jede Verhandlung ab und drohte für den Fall, daß beschlossene werden sollte, den Reichstag einzuberufen, mit dem Rücktritt des Gesamtkabinetts. Auch die Absicht der Sozialdemokratie, die Frage auf demokratisch-parlamentarischem Wege im Haushaltsausschuß zu regeln, fand zunächst denselben hartnäckigen Widerstand beim Reichskanzler. Der Sturz der Regierung Brüning hätte bedeutet, daß der Reichspräsident Herrn Hugenberg mit der Regierungsbildung beauftragt hätte. Die Bildung einer Reichsregierung mit Unterstützung der Hakenkreuzler wäre dann sicher gewesen. Die Verordnungen einer solchen Regierung hätten bestimmt um so mehr den Wünschen der Reichler und Hakenkreuzler entsprochen, je weniger sie den Interessen der Arbeiterklasse entsprochen hätten. Konnte man das veranworten? Um des arbeitenden Volkes willen niemals! Niemandem, der politisch auf unferm Boden steht, gefällt die Notverordnung; sie ist ein Muster von in Paragrafen gefasster Sozialreaktion. Mit Maulaufreißen kann man sie wohl besänftigen, dazu würde schon die Front von Goebbels bis Thälmann unter Einschluß der Deutschnationalen und der Volkspartei genügt haben. Etlliche Splitterparteien und auch die Sozialdemokraten hätten mitmachen können, und das Schicksal der Notverordnung aber auch das Schicksal des Reiches und der Arbeiterklasse wäre bestiegelt gewesen. Eine auf das Wohl der Arbeiterklasse bedachte Politik mußte dies verhindern, dafür aber versuchen, eine Milderung der Notverordnung zu erreichen. Und das war und ist die politische Arbeit dieser Tage.

Nachdem zunächst die Volkspartei einlenkte und Dr. Brüning seine Halsstarrigkeit um „sein Werk“ aufgab, war der Weg frei. Auch auf die sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses wurde verzichtet. Diese nicht unerfreuliche Wendung mag manchem zunächst unverständlich erschienen sein, wie überhaupt noch sehr vielen unverständlich ist, daß die Sozialdemokratie diese Regierung nicht stützt. Aber in der Politik muß man halt manchmal Wege gehen, die nicht jedem Partei- und Staatsbürger gleich plausibel erscheinen, besonders heute nicht, wo viele denen glauben, die da sagen, ewer ganzes Elend rührt von jenen Verrätern her, die nun einmal nicht eine so fabelhaft „klassenkämpferische und marxistische Politik“ betreiben, wie die Kommunistische Partei. Aus der Reichstags-einberufung mit dem entsprechenden kommunistischen und nationalsozialistischen Klamauk wurde also nichts. Die Notverordnung soll aber gemildert werden. Wir versprechen uns von dieser Milderung nicht viel, und wir würden ganz bestimmt den Beschluß, auf die Einberufung des Parlaments zu verzichten, als falsch bezeichnen, wenn wir nicht überzeugt wären, daß aus den oben dargelegten Gründen durch Verschleifen des anderen Weges die Lage für die Arbeiterklasse nicht gebessert, sondern verschlechtert würde. Bisher hat Dr. Brüning zugelangt, daß die Jugendlichen effektiv in der Arbeitslosenunterstützung bleiben sollen; durch eine Ausführungsbestimmung soll eine ganz milde Bedürftigkeitsprüfung vorgeschrieben werden. Für die Bauarbeiter aber soll erst dann über eine Milderung im Haushaltsausschuß beraten werden, also eine Milderung der Notverordnung eintreten, wenn die winterliche Arbeitslosigkeit wieder beginnt. Wir fordern, daß dies nicht erst dann, sondern umgehend geschieht! Ferner soll in dem Augenblick, wo die in Aussicht zu

nehmenden Revisionsverhandlungen des Young-Planes gesichert sind, der Haushaltsausschuß des Reichstags einberufen werden, um über allgemeine Aenderung der Notverordnung zu beraten. Das ist sehr wenig! Aber die Arbeiterklasse kann sich darauf verlassen. Man wird den Kanzler beim Wort nehmen und alles herausholen, was für die Arbeiterklasse herauszuholen ist! In den entscheidenden Stunden des 16. Juni, einem Tag, an dem die deutsche Demokratie an einem Wendepunkt zu stehen schien, war noch nicht mehr zu erreichen. Die Katastrophe aber ist noch einmal vermieden worden. Trotzdem; die Gegensätze zwischen uns und der Regierung, zwischen dem Volk und denen, die zur Zeit die politische Macht in Händen haben, bestehen in unverminderter Stärke fort. Nach wie vor ist die Notverordnung ein Dokument von erschütternder Ungleichmäßigkeit und Ungerechtigkeit; ja, nicht nur Ungerechtigkeit, sondern, wie uns scheint, auch ein Verstoß gegen die guten Sitten. Wir halten beispielsweise die Bestimmung der Notverordnung, daß zuviel gezahlte Lohnsteuer nicht mehr rückversteuert werden soll, für einen Verstoß gegen die Reichsverfassung und gegen das Bürgerliche Gesetzbuch; denn auch das Reich darf sich nicht widerrechtlich Vermögensstücke aneignen. Artikel 153 der Verfassung gewährleistet das Eigentum. Das Eigentum aber ist nicht gewährleistet, wenn jemand gezwungen wird, für ein Einkommen, für das er nach dem Gesetz nicht steuerpflichtig ist, doch Steuern zu entrichten. Der Privatmann, der sich Vermögensstücke eines andern aneignet, wird schon nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches bestraft. — Ähnlich ist es mit der Krisensteuer, die dem Geist desjenigen Artikels 153 ins Gesicht schlägt. „Eigentum verpflichtet“, heißt es dort; aber wer sich selbst zur Steuer veranlagt, braucht bei einem Einkommen von über 250 000 M auch nur 2,5 % und bis zu einer halben Million nur 3 % Krisensteuer zu entrichten. Aber Lohn- und Gehaltsempfänger müssen bereits 3 % entrichten, wenn ihr Gehalt 600 bis 700 M beträgt. Neben unbedingten Aenderungen hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützungsempfänger, besonders auch der Saisonarbeiter, bedürfen diese Dinge dringlich der Abänderung. Zumal durch diese Notverordnungsmaßnahmen nicht der Wirtschaft geholfen wird. Die weitere Schwächung der ohnehin geschwächten Kaufkraft der breiten Volksmassen durch die Notverordnung würde vielmehr nur zu einer weiteren Einschränkung der Produktion und zur weiteren Freisetzung von Arbeitern führen. Solche Notverordnungen sind nur geeignet, das soziale Elend in Deutschland weiter zu steigern.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß ihr Kampf gegen diese Notverordnung nur zu positiven Erfolgen führen kann, wenn die Arbeiterklasse rückhaltlos zu ihren Organisationen steht und ausschließlich den Weisungen ihrer Führung folgt. Die Arbeiterklasse hat keine Fremden, keine wirtschaftlichen, keine politischen Bundesgenossen außerhalb ihrer eigenen Reihen. In keinem Abschnitt der Nachkriegszeit war es so notwendig wie heute, daß der Block der wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie eine festgefügte, geschlossene Einheit bildet, der jederzeit zur Abwehr wie zum Angriff eingesetzt werden kann.

Den Verzweifelten und Verbittern unter unseren Klassen Genossen wünschen wir, daß ihnen eine ruhige Stunde beschieden sein möge, in der sie darüber nachdenken können, ob der Arbeiterklasse nicht die ruhige, wohlabgewogene und zielbewußte Politik der Gewerkschaften mehr nützt als das marktschreierische Machenschaftertum der SPD und ihrer AGD. In einer Zeit, wo selbst die kleinste politische Verschiebung sich in wirtschaftliche Wertänderungen, nicht zuletzt auch zum Nachteil für die Arbeiterklasse, umsetzt, in einer

Zeit, wo die politische Macht in den Händen des Bürgerturns liegt, kommt es für uns darauf an, schon in der Gegenwart die Folgen einer politischen Entwicklung zu mildern, die bei ungehinderter Entwicklung, der Arbeiterschaft eine Zukunft bringen wird, die sich von der sozialen Atmosphäre der vierziger Jahre nicht mehr unterscheiden würde.

Die Notverordnungen sind kein Werk der Sozialdemokratie, geschweige denn der Gewerkschaften, sie haben beide nicht an ihnen mitgearbeitet. Die neue Notverordnung enthält kein positives, wirtschaftspolitisches Programm. In keiner der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Einsicht erkennbar, daß die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft mit finanzpolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung allein nicht behoben werden können. Ihren Maßnahmen fehlt der wegweisende politische Gedanke, der die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise und Finanznot zu beseitigen sucht. Die neue Notverordnung ist nur ein Versuch, auf der Linie des geringsten Widerstandes vorzugehen. Eine solche Notverordnung und eine Regierung, die für sie verantwortlich zeichnet, hätte bestimmt verdient, da-

von gejagt zu werden. Aber als im Sommer des vorigen Jahres der Reichstag unter der Führung der Sozialdemokratie die erste Notverordnung aufhob und demzufolge der Reichstag aufgelöst wurde, liefen große Massen der Wähler zu den Nazis, zu den vom Schwarzkapital ausgeschalteten Stößbrüden Hitler! Ein kleiner Teil lief zur KPD. Beide aber können und wollen der Arbeiterschaft nicht helfen, stehen sie doch im Dienste von Solbgebern, die ganz andere Interessen haben als solche, die der deutschen Arbeiterschaft kommen. Die Einstellung der Wähler in Deutschland hat sich noch nicht geändert. Eine erneute Wahl würde, wie alle Wahlen nach dem 14. September gezeigt haben, noch kein Abheben der nationalsozialistischen Flut bringen. Neue Wahlen würden die letzten Grundfesten des demokratischen Staates und die Grundrechte der Arbeiterschaft hinwegwischen. Davor muß die deutsche Arbeiterschaft bewahrt werden. Deshalb noch kein Sturz der Brüning-Regierung durch kein KPD- und KPD-Geschehen darf sich die deutsche Arbeiterschaft über den Ernst der Lage hinwegtäuschen lassen. Sie muß aber Disziplin halten, damit sie schlagkräftig ist, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen rufen!

Im hohen Maße auch ein sozialpolitischer Kongreß. Vorfrage und Ausprägung waren von ethischer Größe um die sozialen Lebensinteressen des Volkes erfüllt. Dieser Parteitag fiel in eine von Krisenfeuer geschüttelte und auf stärkste Bedenken der erkrankten sozialen Rechte hinzielende kapitalistische Gegenwart. Klar und deutlich wurde ausgesprochen, wie die Sozialdemokratie zur Erneuerung der kapitalistischen Wirtschaft und bürgerlichen Gesellschaft, die auf Seiten der sozialen Interessen der Arbeiterschaft vorgenommen werden soll, steht. Der Parteitag beendete seine Schlußarbeiten mit dem Protestieren aller Schaffungen, indem er ausprägte, daß die Politik der Sozialdemokratie sich an den sozialen Interessen derer zu orientieren hat, die die Opfer des Kapitalismus sind. Alles steht gegenwärtig für die Arbeiterklasse auf dem Spiel. Aus der Verantwortung für die Zukunft der Arbeiterklasse hat die Sozialdemokratie die Regierung abgerufen, dabei aber stets zum Ausdruck gebracht, daß sie mit der Politik Brüning's nicht und nimmer einverstanden sein kann. Die Forderung ist aus einem Notstande erlösen, sie findet dort ihre Grenze, wo die Brüning'sche Regierung dazu übergeht, dem Drängen des Unternehmertums nachzugeben, die elementaren sozialen Lebensinteressen der Massen anzufassen. In der Entschlieung zur Tätigkeit der Reichstagsfraktion heißt es: „Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es geht, die lebenswichtigsten Arbeitsinteressen zu sichern.“

Die Wirtschaft vor dem Forum des sozialdemokratischen Parteitages.

Auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie war die Aussprache über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, der Untersuchung der Ursachen und des Charakters der Wirtschaftskrise sowie der Aufstellung wirtschaftspolitischer Forderungen für deren Erleichterung gewidmet. — Eine Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftskrise mit wirtschaftspolitischen Mitteln ist wohl nicht möglich. Früh Larnow gelang es, in einem großangelegten Vortrag, der den Parteitag vom Anfang bis zu Ende zu fesseln vermochte, von der Entwicklung und den Veränderungen im Wirtschaftsaufbau sowie von den wirtschaftlichen und politischen Momenten, die zur Krise führten und sie verschärften und die die Überwindung der Krise nicht gestatten, ein vortreffliches Bild zu entwerfen. Besonders gelungene Formulierungen fand Larnow für die Darstellung der Rolle des Monopolkapitalismus, der keine Organisierung der Wirtschaft selbst ist, die etwa geeignet wäre, die Wirtschaftsanarchie zu überwinden. „Der Monopolkapitalismus“, sagte Larnow, „organisiert Wirtschaftskrisen, nicht die Volkswirtschaft. Er hebt die Anarchie der Gesamtwirtschaft nicht auf. Er verwandelt den ökonomischen Bürgerkrieg, Mann gegen Mann, in einen ökonomischen Wandenkrieg. Der Kriegszustand selbst bleibt aber erhalten und ist in vieler Beziehung noch zerstörender als in der freien Konkurrenz. Der Monopolkapitalismus löst mit C r a n a n e n, wo vorher nur S t r i t k e n g e h e n. Er hat weißlich zur Essigessenz und Verschärfung der Krise sehr stark beigetragen, wie er auch ihren Ablauf verlangsamte.“

ausschließlich langen Dauer ist jedoch ein starkes Gegenmittel dafür, daß wir in der Routine des Kampfes untergehen, er gibt die Gewähr dafür, daß der Kampf um den Sozialismus lebendig erhalten wird. Bei der Behandlung der Ursachen des Sozialismus legte Larnow das Hauptgewicht auf die Feststellung, daß die Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vom Staate immer stärker und damit der gesellschaftliche Einfluß über die Wirtschaft immer größer wird. Er fügte hinzu, daß mit der Demokratisierung der Staaten auch der Einfluß des Proletariats in der Wirtschaft wächst. Die gesellschaftliche Wirtschaftspolitik nimmt zu, und es wächst auch der nichtkapitalistische Sektor der öffentlichen und gesellschaftlichen Wirtschaft. Er betont weiter bei dieser Behandlung der Ursachen des Sozialismus, daß der innere Strukturwandel im Kapitalismus, das Zurückdrängen des individuellen Unternehmertums durch gebundene Unternehmerrformen auch auf dem Wege von der privatkapitalistischen zur gesellschaftlichen Wirtschaft liegen, des weiteren aber, daß die sozialen Funktionen des Staates gegen früher schon sehr groß geworden sind.

In der Einsicht über die Unmöglichkeit der Vermeidung von Krisen im Kapitalismus liegen große Möglichkeiten der sozialistischen Umgestaltung. Stets größere Massen gelangen durch bittere Erfahrungen zur Erkenntnis, daß ein Wirtschaftssystem, das Millionen und aber Millionen immer wieder ins Elend stürzt, nicht verdient, aufrechterhalten zu werden. Nach Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird weitere und nicht weniger scharfe kapitalistische Krisen in Sicht. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung, und nur eine solche, kann Schutz vor der Wiederholung der wertverlöschenden Krisen bieten. Diese Erkenntnis muß dem Sozialismus neue Scharen von Kämpfern und Beschützern zuführen. So haben wir Sozialisten allen Grund, uns als Erben des Kapitalismus anzusehen. Wenn wir aber gleichzeitig Heilmittel für die Überwindung der Krise empfehlen und fordern, so gehören wir uns gleichfalls als Verste dieser von uns verdammten, ja, man kann wohl sagen bereits von der Geschichte verurteilten kapitalistischen Wirtschaft. Larnow, der diese Frage mit aller Offenheit formuliert, gelang es, diesen Widerspruch in überzeugender Weise aufzulösen. Die scharfe Doppelrolle, in der wir hineingezwungen sind, erfordert die Führung des Kampfes zur Überwindung des kapitalistischen Systems in einer Weise, daß die Wirtschaft erhalten bleibt. Kein Sozialist will das Elend sozialisieren. Und wenn, worüber Einmütigkeit auf dem Parteitag bestand, ein Zusammenbruch des Kapitalismus aus seinen eigenen Bewegungsgefahren nicht erwartet, wenn, worüber auch Einmütigkeit bestand, auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise, so schwer sie auch sein mag, vom Kapitalismus überwinden werden kann, so würde der Verzicht auf unsere ärztliche Befähigung nicht den Zusammenbruch herbeiführen, sondern er würde nur sozial bedeuten, daß die Krisenüberwindung länger dauert und für das Proletariat mit noch größeren Opfern und Entbehrungen verknüpft ist. Larnow hat mit Recht betont, daß eine solche Errettung des Kapitalismus durch die Sozialisten mittels der Lohn- und Sozialpolitik des Proletariats schon immer und unabhängig von der Krise geistig wurde. Auch das erklärt sich aus der besonderen Lage, die das Proletariat zwingt, gleichzeitig gegen den Kapitalismus und für seinen Aufstieg im Kapitalismus zu kämpfen. Es ist wohl begründet, daß diese Doppelrolle einem Sozialisten innerlich schwer fallen muß, und so war auch die gefühlsmäßige Ablehnung dieser Haltung von mehreren Mitgliedern des Parteitag's begründet. Die Tatsache aber, daß, was Larnow in seinem Schlußwort unterstrich, auch die von der Opposition P e t r i c h - G r a f unterbreitete Resolution genau so wie die von Larnow eine Anzahl von Forderungen zum Parteitag gelangen, zeigt, daß die Forderungen — Forderungen, die sich im übrigen inhaltlich wenig von der auf dem Parteitag angenommenen Entschlieung unterscheiden — beweist, daß in der gegenwärtigen Zwangslage jene Doppelrolle des Erben und des Arztes unvermeidlich ist. Sie ist allerdings mit Gefahren verbunden. Mit der Gefahr der Verbürgerlichung, der Gefahr, daß bei dieser Stützung des Kapitalismus der Kampf für dessen Überwindung an Schwungkraft einbüßt, daß man in der Kleinarbeit für die Durchführung unserer Forderungen zur Rettung der Wirtschaft und zur Erleichterung des Massenelends das Ziel aus den Augen verliert wird. Der große Ansehungsunterschied der Wirtschaftskrise mit ihrer vor-

wiegende Probleme, die den Kampf um die politische Macht betreffen. Wenn Larnow hervorhebt, daß die Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vom Staate immer größer wird, so bedeutet zwar diese Tatsache an sich die Erleichterung der sozialistischen Umgestaltung in der Zukunft, auf der anderen Seite bietet sie auch die Möglichkeit der Befestigung des Kapitalismus und der Erhöhung der Ausbeutung. In den ganz- und halbsozialistisch regierten Ländern, wie Italien oder Ungarn, hat der Staat eine früher ungeahnte Macht über die Wirtschaft gewonnen, die aber ausschließlich im Interesse des Kapitals und gegen die Arbeiterklasse ausgenützt wird. In Österreich ist zur Zeit die seltsame Lage vorhanden, daß der Staat durch Übernahme der Aktien der kürzlich zusammengebrochenen Kreditanstalt drei Viertel der österreichischen Großunternehmungen beherrscht. Man könnte wohl dort von einer gewaltigen Steigerung des sozialistischen Sektors sprechen und trotzdem wird diese erhöhte Macht des Staates nicht etwa für eine sozialistische Umgestaltung, sondern zur Stützung des Kapitalismus gebraucht. In Deutschland — dafür liefert die dritte Notverordnung mit ihren Ungeheuerlichkeiten den Beweis — und die steigende Macht des Staates über die Wirtschaft zur Zeit zur Stützung der großkapitalistischen Kräfte gegen die Lebensinteressen des Proletariats mißbraucht. Larnow wollte diese Möglichkeit des Mißbrauchs der Staatsmacht sichtlich nicht in Zweifel ziehen. Die Verwendung der Staatsmacht für die Zwecke des Kapitalismus weist auf die Unvermeidlichkeit schwerer Klassenkämpfe hin, wenn die Macht des Proletariats — die Vorbereitung dafür, daß die Staatsmacht nicht dem Kapitalismus, sondern den Gesamtinteressen der Gesellschaft — verfallt werden soll. Während nun auf dem Parteitag im wesentlichen Einmütigkeit über die Krisenursachen und die Forderungen für die Krisenbekämpfung und damit auch Einmütigkeit über jene Doppelrolle des Erben und des Arztes bestand, regten sich die Zweifel hinsichtlich der politischen Frage der Führung des Klassenkampfes. In der Tat geriet die Partei in eine recht verzweifelte Lage. Die dritte Notverordnung, die dem Parteitag noch nicht vorlag und die die schlimmsten Erwartungen noch weit übertraf, hat die gemäßigten Schwermüher dieser Lage ins schärfste Licht gerückt. Auf der einen Seite liegt in dieser Notverordnung ein Mißbrauch der Staatsmacht vor, die ihre Macht in den Dienst eines reaktionären Kapitalismus stellt. Auf der anderen Seite die Gefahr, daß nach Befestigung dieser Regierung eine andere, noch reaktionärere kommt, die wirtschaftlich und sozial noch schädlichere Politik führen, darüber hinaus aber die demokratischen Grundrechte, die heute wenigstens den Kampf gegen die reaktionären Mächte ermöglichen, unterdrücken wird. Von dieser Demokratie schrieb kürzlich O t t o B a u e r, daß sie uns zwar nicht vor Arbeitslosigkeit, Lohnrückgang und Sozialreaktion schützt, uns jedoch wenigstens die Freiheit gibt, für unsere Sache zu wehren, zu organisieren, zu kämpfen, und er beruft sich auf das Wort von Viktor Adler: Die Demokratie ist wie die Luft — Man kann von der Luft nicht leben, aber ohne die Luft kann man erst recht nicht leben. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß die verzweifelte Reaktion eine weitere Isolierung der Brüning'schen Reaktion nicht begründet, ihr Vertrauen zur Sozialdemokratie verlieren und sich entweder vom Kampf um den Sozialismus zurückziehen oder aber den Lockungen des linksreaktionären Elites erliegen würden. Mit abgewandtem Verstand, kühn und entschlossen, dem sozialreaktionären Angriff zu begegnen, ist die schwere Aufgabe der Stunde.

Diese Entschlieung ist eine der wichtigsten auf dem Parteitag. In der Entschlieung kommt weiter zum Ausdruck, daß eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung die statt der Erleichterung ausbrechender Einnahmen die Verminderung in ihrer harten Lebenshaltung durch weiteren Leistungsabbau noch mehr herabdrückt, auf den entschlossenen Widerstand der Sozialdemokratischen Partei stoßen. Ebenso moniert sich die Entschlieung dagegen, daß die aus der Arbeitslosenversicherung bereits ausgeschalteten Erwerbslosen mit einer weiteren Verschlechterung der Unterhaltungsbedingungen bedroht werden. Dringend gefordert wird, die Verbesserung der Krisenfürsorge und der gemeinnützigen Erwerbslosenfürsorge. Schließlich wird gesagt, daß die Sozialversicherung im Zeichen schwerster wirtschaftlicher Not in ihrem Bestande gestört und in ihren Leistungen erlitten werden müssen.

Der Antrag der Sozialpolitischen Kommission zum Bericht der Reichstagsfraktion beschließt sich ausschließlich mit der Invaliden- und Unfallversicherung. Es heißt dort, daß vom Abbau der Leistungen die Hände zu lassen sind. — Folgende Abbauvorschläge werden aufgestellt: „In der Unfallversicherung ist zu diesem Zweck die Einführung einer Gemeinnützigkeit für alle Träger der Berufsgenossenschaften und die Erparnis an Verwaltungskosten anzustreben, die heute 10,07 Proz. der Gesamtaufgaben betrage. Ebenso ist die Ausdehnung des Leistungsbereichs und die Verbesserung der Unfallversicherungsbeiträgen geeignet, die Verbesserung der Unfallversicherung zu fördern. — In der Invalidenversicherung sind eine Steigerung des Beitragsentkommens, insbesondere auch durch Aufhebung weiterer Sozialklassen und Reichszuschüsse unerlässlich. Der Parteitag hält die Sanierung der Invalidenversicherung um so dringlicher, als sie Voraussetzung für den längst notwendig gewordenen Ausbau der Versicherungsleistungen ist. Der Parteitag fordert für die gesamte Sozialversicherung die Schaffung unabhängiger Selbstverwaltungskörperlichkeiten unter maßgeblicher Mitwirkung der Versicherten.“

In der Entschlieung „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse“ wird vor allem für die 40-Stunden-Woche angetreten und gegen die soziale Reaktion Front gemacht. „Der Parteitag fordert die gezielte Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche. Er brandmarkt die Lohnabbauversuche des Unternehmertums als Ausmaß sozialer Brutalität und als unvereinbar mit den volkswirtschaftlichen Interessen, die zur Überwindung der Krise eine Stärkung der Massenankraft erfordern. Die Sozialpolitik und die sozialen Erzeugnisse müssen geschützt und erneuert werden.“

Dies die Haltung der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialpolitik. Zur Sozialdemokratie ist der wahre Verfechter der sozialen Interessen des Volkes. Das müssen die Massen endlich erkennen und ihre politische Macht auf die Sozialdemokratie übertragen. Alles Fortwärtkommen der Arbeiterklasse in sozialen Dingen hängt von ihrer politischen Macht ab. Noch immer und im Augenblick ganz besonders liegt das Schwergewicht der politischen Macht bei den politischen und sozialen Gegenpartnern des Proletariats. Die Verteilung der politischen Macht steht im Gegensatz zur sozialen Struktur! Diesen Widerspruch aufzuheben sagt der Leipziger Parteitag ist die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung einer sozialen Politik und der schnelleren Überwindung des Kapitalismus. Tragen wir alle unser bestmöglichen Einfluß unserer Kräfte zur Lösung dieses Widerspruchs bei!

Die Wirtschaftsmacht der Vermögenslosen.

Am 8. Juni und den folgenden Tagen wurde in Magdeburg der diesjährige Genossenschaftstag abgehalten. Vertreten waren 306 Konsumvereine und Organisationen mit 804 stimmberechtigten und 300 nichtstimmberechtigten Delegierten. Außerdem waren zahlreiche Gäste der Verbände, der Gewerkschaften, der Arbeiterbank, der Dreyer, der übrigen genossenschaftlichen Spitzenverbände und der ausländischen Genossenschaften anwesend. Die große Versammlung war der Ausdruck einer Wirtschaftsmacht ersten Ranges. Wenn die kapitalistische Wirtschaft in allen Ecken krachend klirrt und da durch den rücksichtslosen Konkurrenzkampf ausgeschaltet werden und daneben Nutzlosigkeit auf allen Gebieten herrscht, so wirkt es erbebend, einen starken Wirtschaftskörper vertreten zu sehen, der ungeachtet, stark und frei sich nach wie vor zu entfalten vermag. Zwar leben auch die Konsumgenossenschaften unter der Krise. Dies ist kein Wunder, wenn die Kaufkraft der Mitglieder durch Lohn- und Gehaltsabbau, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. in jenem Maße geschwächt ist. Aber dessen ungeachtet haben die Führer der Verbraucherorganisation den Mut keineswegs verloren. — In Magdeburg kam der starke Wille zum Ausdruck, unter allen Umständen die Wirtschaftsmacht der Vermögenslosen zu schützen und um ihre weitere Entfaltung besorgt zu sein. In seiner Beschlußfassung sprach der Parteitag den Genossenschaftstagen Heinrich P o r e n z mit den Worten hervor, daß das Volk bei vollen Spieldern und Lägern

darb und Not leidet. Wir sind inmitten einer Weltwirtschaftskrise, der Kapitalismus hat verlagert. Die Genossenschaften sind beim Preisabbau in vorbildlicher Weise vorgegangen. Aber durch die gegenwärtige Zollpolitik wird die Lebenshaltung des Volkes wieder erheblich verteuert. Das Volk kann die Kosten des Lohn- und Gehaltsabbaues, der Erwerbslosigkeit und der Verteuerung der Lebenshaltung nicht mehr tragen. Es will Arbeit und Brot. Es wird wahrlich Zeit, daß etwas geschieht. Die Expertenliste werden aufgegeben. War Ende 1929 gegenüber dem Vorjahr noch ein Zuwachs der Spareinlagen von 26 % festzustellen, so ging dieser im Jahre 1930 auf 8,6 % zurück. Der Staat müßte die Bestrebungen der Konsumvereine, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, anerkennen und fördern. Leben doch 90 % der Mitglieder von ihrer Arbeit. Statt dessen werden die Vorteile der Mitglieder durch die Sonderumschaffener geschmälert. Von bürgerlichen Volkswirtschaftlern ist diese Art von Steuerpolitik als eine Prämie auf wirtschaftliche Rückständigkeit bezeichnet worden. Daraus forderte zum Schluß auf, an die Beratungen heranzugehen, mit denen festen und ernsten Willen, die Konsumvereine, den Zentralverband Deutscher Konsumvereine, die Großkaufmannschaft, die Volksfürsorge und die Eigenhilfe, dieses stolze Volkwerk genossenschaftlich-gemeinnütziger Organisationen zu erhalten und weiter auszubauen!

In den Begrüßungsansprachen der Gäste kam die Bewunderung zum Ausdruck, die die Vertreter der Regierung und der Spitzenorganisationen für das Werk der Konsumvereine hegen. Die ausländischen Genossenschaftsleiter gaben ihrer Freude über die Entwicklung der deutschen Genossenschaften in beredten Worten Ausdruck. Zugleich konnte man aus ihren Reden die Überzeugung entnehmen, daß die Genossenschaftsbewegung in allen Ländern marktsicher ist. In England wird behauptet die Hälfte der Bevölkerung von Konsumgenossenschaften verlor. Der Jahresumsatz betrug 1930 nicht weniger als 4470 Millionen £. In Schweden, Belgien, Österreich und andern Ländern bedeuten die Konsumgenossenschaften mit ihren Sparerverbänden ebenfalls eine ausgleichende wirtschaftliche Macht. Die Verbundenheit zwischen den Genossenschaften und den Gewerkschaften hob der Vertreter des DGB, Peter O. Rasmann, unter lebhaftem Beifall hervor. Die Zeiten der Wunder seien vorüber. Für den Aufsteiger, der seine Lage und die seiner Arbeitsgenossen kenne, gäbe es nur eins: die Einmütigkeit in die eigenen und das Abwehren der gegenwärtigen Kräfte. In diesen schweren Zeiten heißt es nicht nur die materielle Position der Lohn- und Gehaltsempfänger zu verteidigen, sondern es sei jedem Gewerkschafter und Genossenschaftler ein größeres Anvertrauen: die Erhaltung und der weitere Ausbau der vorhandenen Stützpunkte, die wir in den Organisationen besitzen.

Der Bericht des Vorstandes wurde von Vollrat K. Lepzig gegeben. In einer groß angelegten Rede behandelte der Redner die einzelnen Ausstrahlungen des gewaltigen Wirtschaftsgeschehens, das im Zentralverband Deutscher Konsumvereine zusammengefaßt ist. Drei Millionen Verbraucherfamilien ringen im Zentralverband um menschenwürdige Wirtschaftsverhältnisse. Die wirtschaftliche Macht der Konsumgenossenschaften ist groß. Sie ist bedeutend größer, als die Gegner der Genossenschaften zugeben wollen. Der Umfang der im Zentralverband vereinigten Konsumgenossenschaften ist eine unermesslich gewaltige Einheit, in viele tausend Teile und Splitter zerfällt. Vor 30 Jahren war die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch ein ganzes Pfänzchen, das im Schatten der kapitalistischen Finanzen nur ein wenig beackert, bescheidenes Dasein führte. Drei Jahrzehnte haben ausgereicht, um aus diesem zarten Pfänzchen einen urzeitstarken Baum heranwachsen zu lassen, der einen Vergleich mit den kapitalistischen Wirtschaftsriesen nicht zu scheuen braucht. Doch heben noch viele Millionen abwärts vom Westrand. Sie zu überzeugen und zu gewinnen ist die Aufgabe der Zukunft.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Hugo B. A. f. e. l. n sprach über wirtschaftliche Angelegenheiten. Wirtschaftspolitik eingehend auseinand. Ferner begründete er die Entschlüsse. Ueber die Bedeutung der Eigenproduktion sprach H. J. o. r. e. i. z. Die Genossenschaften wollen der Wirtschaft ihren richtigen Sinn wiedergeben, indem sie von den Bedürfnissen der Menschen aus und nicht von den Bedürfnissen des Kapitals her die Wirtschaft regeln. Der wichtigste Schritt zu diesem Ziel ist die von der DGB betriebene Güterherstellung. Die genossenschaftliche Eigenproduktion ist das stärkste Gegengewicht gegen die Beherrschung des

Bundesausschuß des DGB zur Notverordnung.

Am 20. Juni trat der Bundesausschuß des DGB, zu seiner 12. Sitzung zusammen und nahm zur allgemeinen Lage Stellung. Die Verhandlungen — über die wir eingehender in der nächsten Nummer des „Grundstein“ berichten werden — fanden ihren Abschluß mit der Annahme folgender

Entschlüsse.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem im schroffen Widerspruch zu den Grundrissen sozialer Gerechtigkeit, die erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist. Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden und umfangreichen Rückbildungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein. — Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Randgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der übermie- genden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Wirtschaftliche in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortab verhindert wird, daß alljährlich ungeachtet, aus inländischer Konsumkraft gemonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzutriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Volksgemeinschaft die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich erstarrt ins Auge fassen, zum Beispiel für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen. Solche Reichsmonopole würden die

Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsalter stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notlage eine Selbstverständlichkeit sein. Die seitliche, nur privatrechtlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß endlich verlassen werden. Notwendig ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sonderverträgen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Weltbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungelundete Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Förderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleerverkauf; nach ersten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewußte Wohnungswirtschaft und vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen geistlichen Auffrischung der Arbeitssphäre mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Der Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiter führen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Marktes durch Privatmonopole und Kartelle. Durch den Ausbau der zentralen Genossenschaftserzeugung wird die Leistungsfähigkeit der Gesamtbevölkerung gesteigert. Die Rechtfertigung der jüdischen Finanzgierigkeit gegen die Konsumvereine behandelte Dr. P. e. r. e. n. S. a. m. b. u. r. g. Der Ausschußbericht wurde von M. a. r. k. u. s., W. i. s. s. i. d. o. r. f., gegeben. Ueber das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen sprach S. c. h. w. e. i. k. e. r. t., S. a. m. b. u. r. g. — Der Ausschußbericht nahm einstimmig Entschlüsse an, die vom Vorstand, Ausschuß und Generatrat vorgelegt waren. Es wurde die Herabsetzung der Zölle für Roggen, Weizen und Futtermittel gefordert. An die Reichsregierung wurde das dringende Ersuchen gerichtet, die Aufhebung des Erbschaftsteuern in Aussicht zu nehmen. Der Ausschuß schloß, daß die Regierung vor Erfüllung der überkommenen Forderungen der Randwirtschaft. Ferner wurde die Beseitigung der Sondersteuer gefordert.

Der Ausschuß schloß, daß die Regierung vor Erfüllung der überkommenen Forderungen der Randwirtschaft. Ferner wurde die Beseitigung der Sondersteuer gefordert. Der Ausschuß schloß, daß die Regierung vor Erfüllung der überkommenen Forderungen der Randwirtschaft. Ferner wurde die Beseitigung der Sondersteuer gefordert.

RHD-Leute als Streikbrecher.

Bei den Lohnkämpfen in Meiningen und Umgebung, wo es sich um einen Abwehrkampf gegen einen weitgehenden Lohnabbau der Unternehmer handelte, einem Kampf, bei dem viele unserer Mitglieder mit Strafmandaten und Schnellverfahren bedacht wurden, haben die

Keine Kaufstelle ohne Bundeskarte!

Kommunisten eine äußerst verräterische Rolle gespielt. Im letzten Stadium des Kampfes leisteten Kommunisten Streikbrecherdienste, so daß die Unternehmer wieder neuen Mut bekamen. Der Kampf mußte dann auch als aussichtslos abgebrochen werden. Unsere Streikenden haben bis zuletzt Stand gehalten. Nicht so gewisse Kommunisten. Beispielsweise ließ sich der Kommunist E. W. u. n. d. e. l. t. a. g. unter polizeilicher Bedeckung mit dem Unternehmer aus der Wohnung holen und zur Arbeitsstätte fahren. Nach getaner Arbeit ging es am Feierabend auf demselben Wege wieder zurück. Der Schloßer G. a. b. i. c. h. m. i. d. i. Führer der Delegation zum Hungerkongress in Jena, arbeitete ebenfalls als Streikbrecher unter Polizeiaufsicht. Er zeigte sogar einen unserer Kollegen beim Anmarsch wegen Verhöhnung und Nötigung an, mit dem Erfolg, daß unser Kollege mit einer Strafe von 50 M. oder 10 Tagen Gefängnis bedacht wurde. Es läßt sich noch einige Fälle anführen. Durch das Auftreten dieser RHD-Leute haben sich schnell weitere Streikbrecher, so daß einige Baustellen voll besetzt werden konnten. Jede Einwirkung auf diese Leute war erfolglos und der Kampf mußte, wie gesagt, abgebrochen werden. Der Lohnkampf zeigt mit aller Deutlichkeit, wie groß die Gefahren für kommende Kämpfe sind. Der Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen wird durch diese organisierten Gewerkschaftsfeinde ungemein erschwert. Ein R. O. - M. a. n. n., H. e. i. n. r. i. c. h. K. i. r. c. h. e. r., verlangte von der Streikleitung 40 M. Wochenlohn im voraus. Nur unter dieser Bedingung wollte er die Arbeit einstellen. Gost haben sich die Kommunisten während des Kampfes in Meinungen sehr zurückgezogen. Aber nach Beendigung des Kampfes verließen sie trotz ihres schamlosen Vertrags vor dem Arbeitsamt eine Schmutzschiff zu verbreiten, mit der Leberchrift: Der Bauarbeiterstreik abgemüht. Verrot der Boykott usw. — Trodem in Meinungen der Streik abgebrochen werden mußte, das Ziel also nicht erreicht werden konnte, sind unsere dortigen Kollegen der Überzeugung, daß die großen Opfer dieses Kampfes nicht nutzlos gebracht worden sind.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 1. Juni 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Beschäftigte Bauergewerkschafter	Mitgliederzahl im Bauergewerksbund	Arbeitslos															insgesamt	vom Hundert der Mitgliederzahl														
			Wasser	Baugewerkschafter	Wasser	Baugewerkschafter	Wasser	Baugewerkschafter	Wasser	Baugewerkschafter	Wasser	Baugewerkschafter	Wasser	Baugewerkschafter	Wasser	Baugewerkschafter																	
Königsberg	7	16892	4101	123	43	57	21	2	1	190	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3078	25	1450	45	—	55	—	252	—	9497	56,2	56,4	
Danzig	1	3694	720	21	3	5	5	22	10	192	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1959	15	410	—	—	—	206	7	7735	48,9	50,5		
Stettin	61	15830	4353	28	188	163	137	69	61	196	411	63	140	185	44	26	9	48	—	—	7712	34	1241	—	—	1	1	661	36	22291	56,3	57,3	
Breslau	42	39609	10837	187	125	145	1010	399	130	786	6	3	128	166	166	26	10	341	—	—	9886	—	847	—	—	22	41	273	15	26123	49,1	49,6	
Berlin	60	52327	11799	53	127	215	145	1010	399	130	786	6	3	128	166	166	26	10	341	—	—	3151	2	421	—	—	1	264	2	15019	52,7	51,2	
Magdeburg	42	28495	10549	12	33	21	35	51	88	48	180	48	—	—	—	—	—	—	—	—	3185	1	231	—	—	13	5	1	446	2	12110	61,4	61,7
Erfurt	34	19726	7548	54	84	56	14	100	183	12	81	2	—	—	—	—	—	—	—	—	4186	272	1362	—	—	2	2	371	—	13743	73,7	72,0	
Frankfurt	17	32516	9978	47	78	194	165	476	49	2	17	1	3	—	—	—	—	—	—	—	7130	188	1504	53	—	6	—	390	—	20497	63,0	62,7	
Köln	12	17341	3890	35	107	292	311	1093	22	—	30	3	31	—	—	—	—	—	—	—	4229	126	698	—	—	2	2	189	—	11679	67,3	67,2	
Dortmund	14	18650	5640	102	128	216	218	581	2	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3945	1	826	17	—	4	1	139	2	14538	51,4	52,4	
Hannover	39	28267	8787	23	90	69	56	82	62	8	65	6	68	—	—	—	—	—	—	—	2757	2	1143	—	—	3	3	73	—	7831	52,7	57,7	
Bremen	30	14860	3426	13	62	90	345	331	201	13	232	1	—	—	—	—	—	—	—	—	3655	—	2342	49	—	7	31	82	—	14590	45,6	45,3	
Hamburg	45	32017	6573	17	62	90	345	331	201	13	232	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1266	—	240	—	—	3	31	—	3499	42,0	43,9		
Rostock	60	8329	1858	2	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15693	4	1095	—	—	2	1	16	903	15	40400	62,7	63,6
Dresden	31	64308	19705	33	25	28	29	684	23	204	41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4466	11	227	32	7	—	204	—	10042	58,1	59,5		
Nürnberg	29	17285	3552	68	25	28	29	684	23	204	41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3781	26	448	70	7	4	108	—	7808	57,5	58,8		
München	27	13588	2868	12	40	36	23	100	51	—	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	968	105	466	—	—	—	—	—	3880	39,3	38,4		
Stuttgart	14	9755	1816	14	9	46	18	774	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2388	217	440	24	14	—	—	—	642	—	8635	56,3	56,1
Karlsruhe	10	15332	4139	55	88	101	87	659	38	18	5	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	575	449731	121944	593	1538	1944	1969	6336	1716	1059	3122	204	254	553	1466	1015	245	731	734	89	51	83764	1020	16259	293	43	123	104	4718	79	251975	56,03	—
Vorige Woche	576	449666	122991	608	1567	2055	2081	6564	1760	1185	2960	230	230	514	1624	1012	252	717	744	82	48	88844	1000	16480	311	58	91	111	4848	91	254008	—	56,49



Unterhaltung und Wissen



Wie Fremdenlegionäre entstehen...

Wenn der zufriedene Spielbürger sein Nachmittagsgeschäfchen beendet und sich seine Familie im „trauten Heim“ versammelt hat, dann erwacht das Kunstbedürfnis. Und dann spielt das Grammophon. Manche aufgelegte Platte wird bei solchen Gelegenheiten zur Lieblingsplatte. Da gibt es eine Platte: Der Legionär. Und stille Andacht legt sich auf alle Gesichter und die Herzen schlagen schneller für den fernen Deutschen, der da klagt:

Versehleht bin ich aus Deutschlands schönen Gauen,
Die Mutter weint, die Liebste sieht dahin,
O könnt' ich wieder zu der Heimat Auen,
Fort von der Wüste und dem Beduin!

Dann gedrückt der gerührte Spielbürger eine Träne und die Mutter schlingt jorgend ihren Arm um den geliebten Sohn. Und wenn dann das Grammophon anschwimmt zum Schlafliedchen, wenn sich der schwererwundete Legionär noch einmal erhebt und sterbend das ferne schöne Deutschland grüßt, dann entquellen dem Munde des Spielbürgers gräßliche Verwünschungen gegen Frankreich und die Mutter vergeht im stillen Blick des Friedens ihrer Heimat gerührte Freudentränen, der Sohn dagegen erhebt seine weiche, gepflegte Hand, ballt die Hände zur Faust und fühlt eine hohe Welle der Begeisterung für Deutschland durch seine noch etwas unentwickelte Heidenbrust rieseln.

So steht sie einig da, die urteufliche Familie. Ihr Heim ist ihre Welt, ihr Horizont eng begrenzt, ihr Bauch gefüllt und ihr Geist nationalsozialistisch verumpft. Die 40 000 deutschen Fremdenlegionäre sind für sie arme verschleppte Menschen, den Vätern und Tanten französischer Arbeiter zum Dorn im Auge, sie schmachten als unglückliche Verbante in afrikanischer Gluthitze.

Und da möchte ich ein Geschichtchen erzählen. Aus diesem Geschichtchen wäre der Schluss zu ziehen, daß sogar deutsche Behördenvertreter im Auslande gar nicht so unschuldig daran sind, wenn der Strom deutscher Legionäre nach Algerien nicht nachläßt.

Es war in Marseille in einem regnerischen Herbstmonat. Der Rauch der Zippel an der herrlichen Meeresküste entlang war verfliegen, die Alpen steigen zu 1000 Meter Höhe nur noch in der Erinnerung. Die warmen afrikanischen Winde lassen dort an der Küste das Paradies der Riviera ersehen. Dort herrscht emiger Frühling, dort gibt es immergrüne Wälder und blumige Gärten, hochtragende Palmen, erfrischende Hotels, herrliche Villen, traumhaft schöne Schiffe und alles umspült vom blauen Meer und von milden Luft. Alle diese schönen Erinnerungen umfängen mich inmitten eines krostlos kalten, schmutzigen Saftenviertels. Schlammige, fette Bordellfrauen stehen vor den Türen, auf den Straßen allerlei Schmutz und Unrat, in dem Stunde und Raufen wühlen und über den eklige große Raffen hupfen. Stinkige Abflusswässer stehen, zu einem Klischee vereinigt, mitten auf der Straße. Überall nacktes brutales Gend. Die Bewohner der schwarzen Steinküfte sind lumpige Kinder, Bettler, Prostituierte und Saftenviertel.

Und hier lenke ich zwei deutsche Metallarbeiter kennen. In einer kleinen Weinchenke erzählen wir uns unsere Lebens-, Zippel- und Leidensgeschichten. Die beiden hatten lange Zeit in Spanien gearbeitet, waren nun arbeitslos geworden und wollten, geplagt von Sehnsucht nach der Heimat, wieder zurück in ihr fränkisches Bergland. Bis nach Marseille waren sie gekommen. Aber nun war ihr Geld alle. Das Betteln ist in Frankreich streng verboten; es blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich an den Konjul um Hilfe zu wenden.

Dabei wurden ihre bescheidenen Hoffnungen brutal zertrümmert. Schon als sie den kleinen Palast des Konjuls betreten, wurden sie von im Wartezimmer sitzenden vornehmen Herrschaften mißbilligend betrachtet. Sie waren ja bunte, abgetrannte Proletarier. Gewiß, auch sie waren Deutsche, aber doch nur Landfreier und Waggabunden. Deshalb hatte man sie für sie näherempfindende Gleichgültigkeit übrig.

Und als dann die im Wartezimmer anwesenden Kommerzienräte und Doktoren ins Audienzzimmer gebeten wurden, konnte sich der Herr Sekretär ihnen gegenüber nicht genug tun an höflichen Redensarten. Immer wieder ließ der Herr Konjul bitten. Aber als die beiden dann an die Reihe kamen, erledigte sie der Sekretär mit kalter Miene hörte er ihr Lebensschicksal an. Schließlich verweigerte er ihnen rundweg die Mittel zur Heimreise; es wäre besser für sie gewesen, wenn sie dort geblieben wären, woher sie gekommen. Schließlich gab er ihnen gnädigst drei Uebernachtmachsmarken für das Nachtstahl und erklärte, viellecht in drei Wochen etwas für sie tun zu können. Dort ist der Ausgang, bitte. Alles andere sei nutzlos. Man könne nicht helfen.

„Wir möchten aber gern den Konjul sprechen,“ unterbrach einer den Sekretär.

„Der Herr Konjul hat keine Zeit, kommen Sie in drei Wochen wieder.“

Einige Tage bettelten sie sich noch durch, dann gingen sie wieder zum Konjul, um wieder abgemeldet zu werden. Sie verankten immer tiefer ins Gend. Ihre noch halbwegs anständigen Sachen kauften sie in einem Bordell gegen alle Lumpen ein. Dafür burften sie zwei Nächte in einem Bett schlafen. Dann hielten sie sich wieder mit einigen Gelegenheitsarbeiten einige Tage über Wasser. Aber dann war es aus. Und als sie dann wieder an den Werbestütz der Fremdenlegion vorübergingen, da war ihr letzter Widerstand gebrochen.

Farbenprächtige Plakate, geschmückt mit erotischen Pflanzen, Tieren und Menschen, hingen dort an Ästen und Wänden. Eine verführerische Forderung für abenteurerlustige Menschen. Auf anderen Bildern winkten halbnackte braune Frauen gesund aussehenden Soldaten in idyllischen Uniformen lächelnd und lockend zu. Ferne Wälder, unbekannte Edelhölzer erschließen sich dem Waffenden.

Was gab es da noch lange zu überlegen! Die alten Lumpen hingen den beiden Metallarbeitern um die abgemagerten Körper und hier lachten ihnen der Sold und das freie Soldatenleben entgegen. Sie entschlossen sich, Fremdenlegionäre zu werden und unterzeichneten den verhängnisvollen Vertrag.

Heute hatten sie ihren letzten freien Ausgange, und ich konnte nur noch ihre wehmütigen Grübe an die ferne Heimat mitemehmen. Noch am gleichen Abend mußten sie in die Kaserne. So hatte Frankreich zwei neue Fremdenlegionäre gewonnen, Deutsche, denen Deutsche den Weg zur Heimat verperrt hatten. Anstatt in ihre Bergheimat, mußten sie in jenen durchglühenden Wüstengebiet leben. Zwanzig deutsche Arbeiter, nach jahrelangem Wandern in der Fremde von Heimweh gepackt, werden brutal in den Krieg getrieben.



Sie entschlossen sich, Fremdenlegionäre zu werden.

Aber es waren ja nur Arbeiter. Einige Tage später fanden sie traurig an der Reling des Transportschiffes und starrten betrübt in die rollenden Wogen. Die Schiffskapelle jazzierte amerikanißche Schlager. So fuhren sie aus dem Hafen. Aber vermischt die goldene Marialatte auf der Medaillonkette im Rebeil.

Lebt wohl, ihr Legionäre! Ich wünsche euch glückliche Heimkehr. Aber vergeht nicht, wer eure Militärdienstschuld ver schuldet hat. Viellecht liest diese Zeilen einmal an eurer Speise. Viellecht macht auch er sich dann einige Gedanken darüber, wie es mandmal zugehen mag, wenn deutsche Arbeiter zum Fremdenlegionär gepreßt werden.

Kurt Wolff.

Wem gebührt in der Ehe das letzte Wort?

Eine juristische Plauderei.

Am es gleich vorweg zu nehmen: Es soll im folgenden nur geprüft werden, wenn im täglichen Leben nach dem Gesetz — also rein theoretisch — das letzte Wort zusteht, dem Mann oder der Frau. Jede persönliche Stellungnahme zu dem etwas heiklen Thema ist damit von vornherein ausgeschlossen. Und dafür, wie unser Recht sich zu der aufgeworfenen Frage stellt, find wir nicht verantwortlich. Uns darf also niemand zürnen.

Nach Artikel 119 der Reichsverfassung beruht die Ehe auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter. In allen die ehelichen Lebensverhältnisse betreffenden Angelegenheiten ist jedoch nach dem bürgerlichen Gesetzbuch dem Manne die Entscheidung eingeräumt. Und zwar handelt es sich hier um ein absolutes Recht des Mannes, d. h. um ein Recht, das nicht durch Vertrag ausgeschlossen werden könnte, ein solcher Vertrag wäre nichtig. Das bürgerliche Gesetzbuch bestimmt: „Dem Manne steht die Entscheidung

Kleinstes zu Kleinem.

Kommt das Kleinste zu dem Kleinen, Dann ist es schon etwas mehr, Und wenn sich mehr Kleine einen, Wird es mehr und immer mehr. Wenn man immer wieder schiebt Viel der Kleinen zu den Kleinen, Aller Sinne gleichgerichtet, Die die gleichen Ziele einen, Dann wird aus dem Viel das Ganze, Eine riesenstarke Kraft, Die in hellem Waffenglanze Kühn und freu das Große schafft! Aber merke: Soll das Ganze Dich zum Menschheitsiege führen, Soll es stolz im Siegerkranze Einst die Siegestrommel rühren, Dann darf keines von den Kleinen Seiner Fahne unter werden! Nur wenn alle Kleinen einen Sich zum letzten Kampf auf Erden, Dann erst kann der Sieg gedeihen, Aus der Knechtschaft euch befreien!

Tsch.

in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu, er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung.“ Zu den das eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten gehören beispielsweise die Lebenshaltung, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht, die Aufnahme von Vermandten des Mannes oder der Frau in den gemeinschaftlichen Haushalt, die Erziehung der gemeinschaftlichen Kinder. Nur dann ist die Frau nicht verpflichtet, der Entscheidung des Mannes Folge zu leisten, wenn sich die Entscheidung als Mißbrauch seines Rechts darstellt. Wann ein Mißbrauch vorliegt, ist von Fall zu Fall unter Würdigung aller einschlägigen Verhältnisse nach freiem Ermessen zu entscheiden. Ein Mißbrauch des Rechts könnte beispielsweise vorliegen, wenn der Mann, ohne auf die Krankheit der Frau Rücksicht zu nehmen, eine die Gesundheit der Frau gefährdende Wohnung mieten wollte.

Die persönlichen Angelegenheiten der Frau allein unterliegen nicht der Entscheidung des Mannes. So ist beispielsweise der Mann nicht berechtigt, die an die Frau gerichteten Briefe gegen ihren Willen zu öffnen. Für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen, das Kind zu vertreten, seinen Aufenthalt zu bestimmen, das Kind des Vaters, Mißbrauch der Person des Kindes ist sie aber nicht berechtigt, es sei denn, daß ausnahmsweise der Vater an der Ausübung der elterlichen Gewalt verhindert sein sollte. Bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Eltern geht auch hier stets die Meinung des Vaters vor.

Sache der Frau ist es natürlich, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten. Sie ist für persönlichen Arbeitsleistung im Hauswesen und im Geschäft des Mannes verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist. Nur innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises ist die Frau berechtigt, die Geschäfte des Mannes für diesen zu betorgen und den Mann zu vertreten (sog. Schlüsselgewalt der Frau). Macht also die Frau für den Haushalt Einkäufe — wie Schwären, Kleidungsstücke, Heizungsmaterial, so verpflichtet sie ausschließlich ihren Mann zur Zahlung. Sie muß indes sparsam wirtschaften und darf nicht etwa verschwenderisch sein, denn sonst kann der Mann dieses Recht der Frau wieder beschränken oder ausschließen durch eine entsprechende Eintragung in das Güterrechtsregister des Amtsgerichts.

Selbst hinsichtlich des Vermögens der Frau sind dem Manne weitgehende Rechte eingeräumt. Nehmen wir an, um beim einfachen Beispiel zu bleiben, daß die Ehegatten in dem sogenannten getrennten Güterstande des bürgerlichen Gesetzbuches leben, das heißt, daß sie nach dem 1. Januar 1900 getrennt und kein besonderes Güterrecht Vorbehaltsgut und eingebrachtem Gut der Frau. Zu ihrem Vorbehaltsgut gehören insbesondere die zum persönlichen Gebrauch bestimmten Sachen — wie Kleider, Schmuck, das was die Frau durch ihre Arbeit — beispielsweise als Wirtschafterin, Lehrerin, Metzgerin — oder durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäftes erwirbt oder was sie etwa erblich mit der Bestimmung, daß das Erbe Vorbehaltsgut sein soll. Auf dies Vorbehaltsgut erstreckt sich die Verwaltung und Nutzung des Mannes nicht. Das ganze übrige Vermögen der Frau aber, sowohl das, was sie bei Eingehen der Ehe besitzt, als das, was sie später erwirbt, ist der Verwaltung und Nutzung des Mannes unterworfen, es gilt als eingebrachtes Gut. Und die Erträge aus dieser Verwaltung und Nutzung, zum Beispiel die Zinsen aus dem Barvermögen der Frau, die Mieten aus ihrem Hausgrundstück oder die Pacht aus ihrem Land, tut der Mann in seine Tasche.

Das wäre in Kürze das Wesentlichste. Man steht, der Ehegatte räumt dem Manne die Vorzugsstellung ein. Wie es mit dieser Stellung in der Praxis ausfällt, ist eine Frage für sich, die uns nichts angeht. Wir müssen uns grundsätzlich nicht in Familienangelegenheiten.

Ueberzeugung.

So muß ich sein. Ich kann nicht anders. Und ich will so sein. Und was ich erkenne, das will ich auch künden allen. Und was mich bewegt, soll auch alle bewegen, daß alle Welt von einem großen Gedankengetrauen wird.

Wahrhaft unabhängig ist nur, wer eine Notwendigkeit im eigenen Wesen trägt, schrieb der Philosoph Rudolf Eucken. Unabhängig sein heißt eine Ueberzeugung haben.

Sie muß wühlen in uns, die Ueberzeugung. Nie dürfen wir zufrieden und ruhig sein. Sie muß uns quälen. Sie muß in uns drängen. Und nur wenn wir in uns erleben, daß da etwas bebzt und zittert und will, nur dann fühlen wir uns. Nur dann sind wir innerlich da. Notwendig mit unserem Wesen.

Unabhängig sein heißt eine Ueberzeugung verspüren und diese Ueberzeugung bekennen und verteidigen aus unwiderstehlichem inneren Drang. Nur wer sich einleitet für das, von dem er durchdrungen, ist Kraft des Fortschritts und des Aufstieges.

Erkenne und bekenne und wir! Sei überzeugter Kämpfer! Dann fühlst du in dir die Reime dieser neuen Freiheit. Und du abnht den heiligen Sinn der neuen Ordnung, der neuen Ordnung des Zusammenlebens. Doch in ihr in höchster Unabhängigkeit des freien Weltens sich — der Mensch.

Schwierige Frage.

„Nicht wahr Papa, die Missionare kommen in den Himmel?“

„Natürlich mein Kind!“

„Und die Löwen, Papa?“

„Die nicht!“

„Und wenn aber ein Löwe einen Missionar auffrisst?“

BUNDES-TRIBÜNE

ZEITGEMASSE WERBEARBEIT FÜR UNSERN BUND

Groß war, wie erwartet, die Zahl derer, die sich auf unserer Bundestribüne zum Wort meldeten. Mannigfaltig, wenn auch nicht immer erschöpfend, waren die Gedanken. Bis auf wenige Einsendungen, in denen nichts zum Thema gesagt wurde, wo sich die Kollegen lediglich auf Zustimmungserklärungen für diese neue Einrichtung des „Grundstein“ beschränkten, haben wir — wie wir glauben möchten — von jeder Einsendung die markantesten Gedanken gebracht. Allerdings haben auch Rotstift und Schere ihre Arbeit tun müssen. Und doch war es nicht möglich, alles auf eine Seite zu bringen, wie es künftig sein muß. Mehr Konzentration auf das Thema ist dringend zu empfehlen. Fünf oder sechs Schreibmaschinenseiten oder auch „nur“ drei oder vier handbeschriebene Folioseiten sind des Guten zu viel — Unser nächstes Thema ist:

DER WERT DER TARIFVERTRÄGE.

Letzter Einsendungstag ist der 15. Juli.

Die Schrittleitung.

Die Werbearbeit für unsere Zukunftsziele nicht vergessen!

Wir sind heute mit der Werbearbeit der Gewerkschaft nicht mehr ganz zufrieden. Einem Ansteigen der Mitgliederzahlen folgt immer wieder ein Sinken. Die theoretisierenden und spinnenden Radikalen von rechts und links dagegen haben immer noch wachsenden Zulauf. Wir sagen meistens, daran seien die wirtschaftlichen Verhältnisse schuld. Schön, da aber den zu den Radikalen abwandernden Zeitgenossen dort auch nicht der Magen gefüllt wird, kann es doch nur „radikale“ Zukunftsmusik sein, die sie zu den Flügelgruppen lockt.

Auch wir müßten mehr als bisher von unseren Zukunftsaufgaben reden und für sie werben. Wir sollten die Scheu vor dem Reden über künftige Dinge überwinden. An in die Zukunft weisenden aber gleichwohl gegenwartsnahen Fragen fehlt es nicht! Wo ist beispielsweise die seinerzeit geschaffene Sozialisierungskommission geblieben? Still entschlafen! Sollte sie nicht vielleicht doch mal wieder zu neuem Leben erweckt werden können? Und wenn nicht, sollten wir dann nicht selber so etwas ins Leben rufen können? Wir haben die Betriebsräte, und wissen, wie wichtig ihre Arbeit für uns ist. Aber wo bleiben die Bezirkswirtschaftsräte, und wo soll der künftige Reichswirtschaftsrat stehen, und was alles müßten seine Aufgaben sein? Wie gedenken wir den Paragraphen 2 unserer Bundessatzung durchzuführen? Wir haben eine Reihe von Betrieben geschaffen und sehr große Hoffnungen auf sie gesetzt. Sollen sie nur Betriebe sein neben anderen? Wenn nicht, welche künftigen Aufgaben müssen wir ihnen im Zusammenhang mit anderen Wirtschaftsfragen zuweisen? — Das wären nur wenige Fragen, deren Erörterung unter Zuhilfenahme moderner Anschauungsmittel den Funktionären der Gewerkschaft Gelegenheit geben würde, über die Richtung unserer Arbeit für eine neue, bessere Zukunft ein wenig nachzusinnen. Die danken — vollständig vorggetragen — würden einem großen Kreis uns nahestehender Menschen sicherlich ebenso interessant sein, wie die unwahrscheinlichen Theorien vom Dritten Reich oder von Sowjetdeutschland.

Wenn wir uns erinnern, daß die Besten unter den bürgerlichen Politikern des kaiserlichen Deutschland die soziale Frage auch nicht zu lösen vermochten, dagegen aber Arbeiter mit Elementarschulbildung und etwas Mutterwitz es ganz gut fertig brachten, dann dürfen wir hoffen, daß auch bei wirtschaftlichem Gebiet einfache Arbeiter den Weg finden sollten, den kein Verstand der Verständigen bisher fand. Heute müssen wir dank der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation durch ein Elend hindurch, wie wir es seit dem Kriege und der Inflation nicht mehr gehabt haben. Eine Reihe von Gegenwartsaufgaben, entgegen dem gegenwärtigen Zustand, die zeitgemäße Werbearbeit wäre es, nicht nur die Schäden aufzuzeigen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem zur Zeit ganz besonders grotesk offenbart und Abhilfe für den Augenblick zu fordern, sondern zeitgemäß wäre es, zu sagen: Jetzt ist's genug mit dem Elend! Von Stund an gehört alle unsere Kraft einer Ablösung dieser Wirtschaftsform durch eine bessere. Und wir alle haben Studenten zu sein über das „Wie“!

N. Lubeck.

Wir sind ungehalten über den Materialismus der Arbeiterklasse, wir empören uns über unangebrachtes und blödes — nicht über gerechtfertigtes — Geschrei über „Bonzen“! Wir schimpfen über die bei Übernahme einer Funktion stets gleich nach dem Lohn für ihre Mühen fragenden Bedenken über die, daß vielleicht auch er Schuld an dieser Einstellung trägt! Wie bringen wir heute die Menschen zur Gewerkschaft? Rechnet man ihnen nicht die Vorteile vor, die sie durch die Mitgliedschaft in der Organisation haben; setzt man ihnen nicht auseinander, daß es ein Geschäft ist, in die Gewerkschaft einzutreten, daß hoher Lohn und gute Unterstützungsmittel bei Streiks, Krankheit und Invalidität der Lohn für die Zugehörigkeit seien? Jahre-

lang haben wir das allen vorgerechnet, jahrelang ist fast nur von den materiellen Vorteilen gesprochen worden, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse schlecht waren und es jedem näher lag, sich mehr um seinen Magen als um seinen Kopf zu kümmern. Auch heute ist das so. Stärker sogar noch als früher. Ist es richtig, immer nur von den materiellen Vorteilen zu sprechen, wo jedem Einsichtigen klar ist, daß keine Gewerkschaft ein Automat sein kann, in dem 1. RM. hineingesteckt wird und 2. RM. herauskommt? Muß man nicht daran denken, wenigstens die junge Generation durch die Hochziele der Gewerkschaften — Wirtschaftsdemokratie, Sozialismus — zu gewinnen? Die junge Generation ist durch die Bundessatzung in Unterstützungsfragen geldlich besser gestellt als die Mehrzahl der Mitglieder. Wünschen wir, daß die Jugend deswegen in unseren Bund eintritt? Nein, sage ich, nachdrücklich nein! Wenn wir die Jugend in die Bewegung gewinnen wollen, müssen wir ihre materielle Einstellung, die sie von den Baustellen und vom Elternhaus eingepflegt bekommt, durch Aufzeigen unserer ideellen Ziele einzudämmen suchen. Wir müssen der Jugend die neuen Aufgaben zeigen, die sie zu erfüllen hat, für die Opfer zu bringen sind, für die es sich lohnt, zu kämpfen. Neue Aufgaben sind für die Jugend nicht Dinge verwaltungstechnischer Art, neue Aufgaben liegen auch nicht nur in der Durchführung tarifvertraglicher Bestimmungen, neue Aufgaben liegen bei der Erringung der Wirtschaftsdemokratie! Diese Ziele der Jugend aufzuzeigen, ihnen das Rüstzeug für solche Aufgabe zu schaffen, sie hierfür zu begeistern, sie dadurch für die Bewegung zu gewinnen, ist unendlich viel besser als unter Hinweis auf materielle Vorteile dem Bunde Mitglieder zuzuführen. Fort also mit der Werbung, die nur auf die materiellen Vorteile in der Gewerkschaft hinweist, her mit der Innerlichkeit, die den Menschen ganz packt, die ihn einführt, in das Wollen der Gewerkschafter, die ihn erfüllen und erkennen läßt, daß es sich auch heute noch lohnt, Ideale zu haben und für sie zu streiten. Und kommt man so nicht an alle Kollegen heran, gut, dann bediene man sich der Gelbdeutpropaganda. Aber bei der jungen Generation lasse man sie aus! Das Spiel, sonst werden wir niemals begeisternden Schwung in unsere Bewegung hineinbringen.

Fritz Carsten, Hamburg.

Nehmt den Menschen wiewerlist!

Der größte Teil der Menschen ist materialistisch eingestellt, deshalb müssen bei der Werbung immer wieder die Vorteile, die die Mitglieder des Bauwerksbundes genießen, den Kollegen eingehämmert werden. Allerdings nicht nur die Vorteile der Unterstützungsrichtungen, sondern vor allen Dingen die Erfolge, die der Bauwerksbund durch Gewährung von Rechtsschutz an seine Mitglieder in arbeitsrechtlichen und sozialen Angelegenheiten für die Kollegen errungen hat. Besonders erfolgreiche Fälle müssen agitatorisch ausgerechnet, verglichen mit gegenwärtigen Organisationen müssen angestellt und die weit größeren Erfolge des Bauwerksbundes hervorgehoben werden. Statistiken müssen geführt, veröffentlicht und in Form von Flugblättern auf den Baustellen verbreitet werden. An jeden Ort, wo Bauarbeiter verkehren, gehören Werbeplakate, in denen die Erfolge plakativ sind. Der Deutsche Bauwerksbund kann bei der Werbung Erfolge und Tatsachen anführen, er braucht keine Phrasen wie die anderen „Organisationen“.

Walter Kaiser, Michlitz.

Die Jugend an die Front!

Da die Menschen verschieden gartert sind, müssen auch unsere Werbemethoden verschieden sein. Wo Jugendgruppen bestehen, da sollten diese ihre Kraft für die Werbearbeit einsetzen. Es wäre gut, wenn ein Zeitabschnitt festgesetzt wird, in dem wir mit gesteigerter Aktivität werben. Für diese Werbemethoden müssen schlagkräftige

Gesicht reißen! Sie dürfen nicht mutlos diesen Leuten gegenüberstehen. Es muß den Unorganisierten sowie ihren Wortführern gesagt werden, was wäre, wenn angesichts der schweren Krise nicht die Organisation da wäre und kein Tarifvertrag bestände. Dann bekämen die einzelnen Arbeiter beim Abschluß ihrer Arbeitsverträge die ganze Wucht der großen Arbeitslosigkeit zu spüren. Einen Arbeitsplatz zu erhalten wäre nur auf Kosten des Lohnes möglich. Dem ist durch den Tarifvertrag ein Riegel vorgeschoben worden. Nur durch unseren Tarifvertrag ist es auch möglich, auf jeder Baustelle eine gut funktionierende Betriebsvertretung schaffen zu können. Kein Kollege könnte eine Klage durchführen, wenn keine Tarifverträge beständen. Die Klagen der rechtsuchenden Kollegen werden von unserem Bund geführt; der Kollege bekommt Rechtsschutz. Und wie sähe es ohne Gewerkschaft und ohne Tarifvertrag mit den Lehrlingen aus? Sie würden ohne Gewerkschaft ohne jeden arbeitsrechtlichen Schutz dastehen. Es wäre noch die Vertretung unserer Kollegen durch den Bund vor den zahlreichen Instanzen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, der Sozialversicherung usw. zu erwähnen. All diese Dinge in Baubuden, auf Arbeitsplätzen, in Versammlungen usw. besprochen, wäre beste zeitgemäße Werbearbeit.

P. Barzik, Waldenburg i. Schl.

Aufzeigen der Vorteile der Tarifverträge ist zeitgemäße Werbearbeit.

Die Werbearbeit für unseren Bund wäre leichter und für die Bauarbeiterschaft von größerem Vorteil, wenn nicht innerhalb der Arbeiterbewegung selbst Kräfte am Werk wären, die das von der Organisation Geschaffene herunterreißen. Unsere Mitglieder müssen solchen Leuten die Maske vom

Ernst Ebenroth, Olvensted b. Magdeburg.

Keine Geschafterhubermethoden, sondern Werber, die zu überzeugen verstehen!

Reklame! Persil bleibt Persil! Raucht Remtsma-Zigaretten! Trink Berliner Kindl! Das ist Reklame! Merkwürdig, sie wirkt auch, denn geschäftstüchtige Leute, wie es Kapitalisten nun einmal sind, würden sich hüten, Geld auszugeben, wenn es sich nicht lohnt. Auch Gewerkschaften machen Reklame. Ich habe anlässlich des Parteitag und der Maifeier viele Zeitungen und Zeitschriften durchblättert. Da fand ich mehr oder weniger große Anzeigen: Der Bauwerksbund leistet..., Der Deutsche Metallarbeiterverband leistet..., Der Gesamtverband leistet... usw. usw. Meistens folgte dem Namen der Gewerkschaft eine Aufstellung der Ausgaben für Unterstützungen, dann kamen einige kernige Worte und hernach die Aufforderung, der Gewerkschaft beizutreten. Der Wert dieser „neureichlichen“ Werbung ist gleich Null. Denn die Menschen, die diese Zeitungen in die Hände bekommen, sind ja organisiert. Und Unorganisierte sind heute so eingestellt, daß sie auf diese Anzeige nichts, aber auch rein gar nichts geben. Wer einmal Beobachtungen nach dieser Richtung hin angestellt hat, wird immer wieder feststellen: Vielleicht ist einmal einer da, der sie interessiert ansieht, aber damit hat es dann auch sein Bewenden.

Wir wirken aber die Anzeigen auf die Organisierten, die Kämpferproben, denen es bitter ist, zu sehen, wie unter den heutigen Verhältnissen die Gewerkschaften sich treten müssen? Sie fühlen sich durch solche Anzeigen vor den Kopf gestoßen. Sie können nicht begreifen, daß ihre Organisation, für die sie stritten und Opfer brachten, heute mit Methoden von Geschäftemachern wirbt. Ihre Organisation setzt durch Reklame den Menschen auseinander, was für ein „lohnendes Geschäft“ es ist, einer Gewerkschaft anzugehören. Nein, das ist keine Werbemethode! Fort mit ihr! Wirkliche Gewerkschafter gewinnt man nicht durch Ueberredungs- und Ueberumpelungskünste. Die Menschen, die Gewerkschafter werden sollen, müssen überzeugt werden durch Reklamemethoden der Geschafterhuber ungeeignet. Von Mann zu Mann muß die Werbung gehen! Getragen von der Begeisterung, die Gewerkschafter für ihre Sache — nicht nur für ihre materiellen Angelegenheiten — haben müssen. Der Bund hat genügend Funktionen. Und sind es nicht genügend, dann werden wir bald mehr haben. Durch das Bundesschulheim gehen viele. Aus ihnen erwachsen die Werber für unsere Bewegung, nicht den Menschen überreden, sondern überzeugen werden!

Günther Friedberg.

Unser Bund ist keine Ware, auch keine Versicherungsgesellschaft, für die in markt-schreierischer Weise Reklame gemacht werden muß. Nichtsdestoweniger müssen wir mehr in die Öffentlichkeit gehen und zeigen, daß wir da sind. In der Tagespresse müssen wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Interessen der Bauarbeiter vom Bauwerksbund vertreten werden. Damit bekämpfen wir gleichzeitig die bürgerliche Presse, die leider noch von vielen unserer Mitglieder „gehalten“ wird. Eine Organisation wirbt für sich selbst, wenn sie erfolgreich für ihre Mitglieder wirkt. Das können wir mit gutem Gewissen von unserem Bund sagen. Trotzdem haben wir einzelne Störenfriede unter uns. Diese erschweren das Versammlungsleben und tragen Schuld am schlechten Versammlungsbesuch. Dabei ist gerade auf gutbesuchte Mitgliederversammlungen großer Wert zu legen. Denn von hier muß der Organi-

sationsgedanke hinausgetragen werden in die breite Masse der uns noch Fernstehenden. Es müssen Mittel gesucht werden, die jeden Kollegen veranlassen, in unsere Versammlungen zu kommen. Dazu gehören belehrende und aufklärende Vorträge. Wichtige Ergänzungen sind Lichtbilder. Man muß dabei mit der Zeit gehen und herausfinden, wofür das meiste Interesse vorhanden ist. Vor allen Dingen darf nicht allzu viel mit trockenen Zahlen gearbeitet werden. — Im allgemeinen kann gesagt werden. Überall dort, wo mit aller Entschiedenheit für die Durchführung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gesorgt wird, wo wir den Unternehmern zeigen, daß wir eine Macht sind, wirbt auch die geleistete Arbeit für sich selbst.

Carl Bieler, Crimmitschau.

Der „Grundstein“ ständiges Propagandamittel.

Als ständiges Propagandamittel ist die Gewerkschaftszeitung zu benutzen, um zielbewußt die noch Fernstehenden zu gewinnen. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß in der Baubude einmal eine Nummer des „Grundstein“ diskutiert wird, sondern jeder „Grundstein“ muß so ausgewertet werden, daß er durch Antreiben der besonders bemerkenswerten Stellen der gesamten Belegschaft zugänglich gemacht wird. In der heutigen Situation ist es eine unbedingte Pflicht jedes Funktionsrärs und jedes Vertrauensmannes, daß er seinen „Grundstein“ zur Hand hat, um für die freigewerkschaftliche Bewegung wirken zu können. In Frankfurt a. M. haben wir eine Anzahl junger Kollegen im Alter von 20 bis 35 Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt. Auch dies Mittel zeitgemäße Werbearbeit sollte — wo möglich — überall angewendet werden.

Hans Felge, Frankfurt a. M.

Flugblätter, Handzettel nicht vergessen!

Bei unserer Werbearbeit müssen wir zwei Gruppen der zuwerbenden unterscheiden. Erstens den neuzutretenden Lehrling. Dieser läßt sich bedeutend leichter werben. Da er das Bestreben hat, ein guter Facharbeiter zu werden, erlärft er alle ihm zu Gebote stehenden Mittel, um sich weiterzubilden. Diese Hilfsmittel stehen ihm auf unseren Baubuden zur Verfügung. Da er sich hier unter Gleichgesinnten befindet und selbst an der Arbeit seiner Kollegen teilnimmt, wird es nachher nicht schwer fallen, ihn für unsern Bund zu gewinnen. — Bedeutend schwerer ist es bei der zweiten Gruppe. Die Zusammensetzung der Belegschaften auf den Baustellen hat sich gegen früher sehr verändert. In der Vorkriegszeit wechselten nur in Zeiten besonderer Konjunktur die Arbeiter von einer Berufsgruppe zur anderen. Sie fanden dann in den alten Bauarbeitern einen guten Stamm organisierter Kollegen, der es verstand, den Hinüberwechselnden der Gewerkschaft zuzuführen. Heute haben durch den Bau mit Mietzinsunterstützung vielfach die Wohlfahrtsämter großen Einfluß bei der Einstellung von Arbeitskräften. Diese Arbeiter, abgestumpft durch die langfristige Arbeitslosigkeit, verwirrt von den auf den Arbeitsämtern gehörten kommunistischen Tiraden und dem wüsten Gebrüll der Hakenkreuzler, gilt es nun für unsere Bewegung zu gewinnen. Das ist schwer! Hier muß die Bauwerkschaft mit dem nötigen Material einspringen. Das ist und bleibt vor allem das gedruckte

Wort. Lernen wir von unseren Gegnern! Handzettel müssen herausgebracht werden, die sich vor allen Dingen mit den örtlichen Verhältnissen befassen. Ferner müssen alle Beschlüsse des Stadtverordnetenkollegiums, sei es zur Aufnahme einer Anleihe für Bauzwecke, sei es bei der Vergebung von Bauten usw., einer eingehenden Kritik unterzogen werden. Den Arbeiter, führen, die diese Arbeiter irreführt haben, muß ihre Maske heruntergerissen werden. Scheuen wir diese kleinen Ausgaben nicht, versorgen wir unsere Funktionäre mit diesem Material, dann wird es ihnen auch möglich sein, eine intensive, Erfolg bringende Werbetätigkeit auszuüben. Erich Eckert, Werdau/Sa.

Gewerkschaftliche Agitation darf nicht an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen vorbeigehen. Hinzu kommen noch die Spaltungsbestrebungen einer Partei, deren Grundsatz es ist, überall dort zu spalten, wo sie keinen politischen Einfluß hat. Auch diesen Dingen kann und darf unser Bund nicht tatenlos zusehen. Maßnahmen müssen erworfen werden, die geeignet sind, den Bestand unseres Bundes und die sozialistische Bewegung zu erhalten. Intensive Versammlungs- und Aufklärungsarbeiten über Tagesereignisse, über Fragen der Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie des Arbeits- und Tarifrechts sind notwendig. Desgleichen ist eine periodische Flugblattverteilung mit Gegenüberstellung von Erfolgen unserer und anderer Organisationen von großer Wichtigkeit. Albert Reuter, Plauen i. V.

Mehr mündliche Agitation!

Die mündliche Agitation auf der Baustelle, während der Pausen und — wenn es möglich ist auch während der Arbeitszeit — ist das beste Werbemittel. Wenn auf einer Baustelle alles Unorganisierte sind, dann muß eine Hausagitation durchgeführt werden. Bei einer mündlichen Agitation kann man sich mit den einzelnen Kollegen auseinandersetzen, warum man sich organisieren muß. Das kann man aber nicht in Versammlungen, weil die, die man haben will, nicht kommen und außerdem nicht wagen, eine Frage zu stellen, wenn sie den Vortrag nicht ganz verstanden haben. Hat man einen Kollegen für die Organisation gewonnen, so muß man versuchen, in Versammlungen durch Vorträge und Lichtbilder den Organisationsgedanken zu befestigen. Hans Prox, Maurer, Dresden-A.

Mehr wirtschaftliche Kenntniss.

Heute, in der Zeit schwerer Krise und großer Arbeitslosigkeit kommt als Ziel zeitgemäßer Werbeitätigkeit in erster Linie in Betracht: Erhaltung der Mitglieder für den Bund, damit uns soweit als möglich Stärke und Schlagkraft unseres Bundes durch diese Krisenzeit hindurch gerettet wird. Nur ein Organisationsapparat, der in all seinen Teilen gesunden Organismus offenbart, bietet Gewähr für gutes Ueberstehen der Krise. Jeder kleine Funktionär wird es schon peinlich empfunden haben, daß in Kollegen-

kreisen oft über die einfachsten volkswirtschaftlichen Begriffe wenig Kenntnis vorhanden ist. Am nachteiligsten wirkt sich das natürlich in Krisenzeiten aus oder in Zeiten von Arbeitskämpfen. Hier muß unsere Schulungsarbeit einsetzen, die auch beste Werbeitätigkeit ist. In besonderen Versammlungen erwerbsloser Kollegen ist starker Wert auf wirtschaftliche Schulung zu legen. Statistisches Material, Wandtafel und Kreide müssen das Gesagte anschaulicher machen. Zwar ist schon vieles in Baudelegierten- und Bezirksversammlungen geleistet worden, aber man sollte nicht nur die Baudelegierten zu regelmäßigen Versammlungen zusammenrufen. Die Erwerbslosenversammlungen könnten in den Vormittagsstunden abgehalten werden. Bezirksversammlungen müssen regelmäßig und in nicht allzu großen Abständen durchgeführt werden. Daneben müßte die bisherigen Schulungskurse sowie die Bundesschule in Berlin beibehalten werden; denn dort kommen schon vorhandene Werkkräfte zusammen, Funktionäre, die wiederum an weitere Kreise unserer Mitglieder herankommen. Albert Grimmer, Dresden-A. 39.

Erhöhte Bedeutung gewinnt die Notwendigkeit unserer Werbetätigkeit dadurch, daß heute mehr denn je gesetzerichte Organisationen von rechts und links an Werke sind und leider auch schon innerhalb der Bauarbeiterschaft Fuß gefaßt haben. Da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum möglich sein dürfte, neue Mitglieder zu gewinnen, müssen wir unser Augenmerk auf die Stabilisierung des Mitgliederstandes richten. „Mens sana in corpore sano!“ Erhalten wir den Gewerkschaftsgeist der Mitglieder gesund, dann bleibt auch der Körper unserer Organisation gesund und lebensfähig. Ist wirklich alles versucht worden, in diesem Sinne der Mitglieder habhaft zu werden? Doch wohl nicht. Also Vorschläge. Zunächst sei die Frage gestattet, wozu haben wir Funktionäre, wozu haben wir Stadt-, Orts- und sonstige Bezirksobmänner; etwa nur dazu, eine Versammlung einzuberufen, einen Bericht zu geben, einem Referenten das Wort zu erteilen und eine Aussprache zu leiten? Diese Tätigkeit soll keinesfalls herabgemindert werden. Aber mit dieser Tätigkeit darf es nicht sein Bewenden haben! Von den Funktionären muß unsere Werbeitätigkeit ausgehen. Die Baugewerkschaftsleitungen müssen Funktionäre in ihrem Bezirk Helfer aufspüren machen, die an Hand von Adressenmaterial die säumigen Versammlungsbesucher aufsuchen und „bearbeiten“. Dann müßten in besonderen Erwerbslosenversammlungen mit entsprechenden Vorträgen aktuelle Fragen besprochen werden, die die Erwerbslosen heute bewegen. Gg. Dreßler, Maurer, Dresden-A. 40.

Vertrauensmänner vor die Front!

Eine große Rolle bei der Werbeitätigkeit spielt der Vertrauensmann. Ist er bei uns

organisiert und sehr rührig, beachtet er den Tarifvertrag genau, so wird der Erfolg der Werbung niemals ausbleiben. Er muß sich Sympathie erwerben können, auch bei denen, die unserem Bunde noch fernstehen. Er muß darüber wachen, daß die Arbeiter den richtigen Lohn erhalten; das wirkt besser für den Bund als eine Werbeitätigkeit, die unsere Freunde von links immer zu einer politischen Aktion machen möchten. — Lebhaft diskutiert wird bei uns, daß man zu unseren Versammlungen nicht immer unsere Angestellten als Redner schicken sollte, die ja sowieso mit Arbeit überlastet sind. Vielfach ist es heute auch so, wenn gewisse Kollegen auf der Rednertribüne einen Gewerkschaftsangelstellten erblicken, daß dann schon Mißfallen da ist. Man hört Aeußerungen wie: „Na, der hat ja seine 300 bis 400 M., der kann uns schon was erzählen. Aber wie es uns geht, das weiß er nicht.“ Man sollte zu Versammlungen ehrenamtliche Funktionäre schicken, die auch, wenn sie arbeitslos sind, noch die wirtschaftlichen Zusammenhänge richtig sehen. Sie würden sich nicht zu unterschätzende Werbeitätigkeit sein. Für neugeworbene jugendliche Mitglieder sollte man besondere Versammlungen einberufen, um sie mit unserer Ideenwelt besonders bekanntzumachen; denn sie sollen später auf der Baustelle dem Vertrauensmann den Rücken stärken. Erich Tichelmann, Königsberg i. Pr.

Bei unserer Werbeitätigkeit müssen wir stets die wirtschaftlichen Zusammenhänge sehen und die Erkenntnisse verbreiten, damit die Außenstehenden und die RGO-Mitglieder in unsere Front einschwenken. Wir Funktionäre, die wir das Rüstzeug zum Kampf erhalten haben, müssen in der vordersten Front der Werbeitätigkeit stehen! Offen und klar müssen wir unsere Werbeitätigkeit führen, müssen beherzigen, daß im Anfang der Charakter steht, der Mut zur Ueberzeugung. Hermann Schreiber, Lüdenscheid i. W.

Mehr Kleinarbeit!

Wir müssen uns mehr der Kleinarbeit zuwenden; stetige und ausdauernde Kleinarbeit bringt die größten Erfolge. In jeder Zahlstelle müßten sich einige tüchtige und gewandte Kollegen ausschießlich mit der Kleinarbeit befassen. Ich denke mir die Kleinarbeit so, daß die Baudelegierten dem Geschäftsführer der Baugewerkschaft die Namen und Adressen der betreffenden unorganisierten Kollegen melden. Nun werden diese Leute auf der Baustelle von den Delegierten mit Werbematerial versorgt. Ein Werber besucht die unorganisierten Kollegen. Sind in einem größeren Ort mehrere Unorganisierte, so müßten sie im kleinen Kreise geladet und vom Werber bearbeitet werden. Würde man die Unorganisierten gleich mit in die Mitgliederversammlung nehmen, so würden sie durch die wüsten Schimpereien radikaler Elemente, sich wieder zurückziehen. Bei der Werbeitätigkeit darf nicht vergessen

werden, die Vorteile, die der Bund bietet, ins rechte Licht zu setzen. Das übt die größte Werbekraft aus. Mit Idealismus, wie in früheren Jahren, kann man heute keine Mitglieder mehr werben. Werbeitätigkeiten bringen nicht den gewünschten Erfolg, weil wir dort nicht die Drückeberger und Indifferenten erfassen. Die Kollegen, die durch Werbeitätigkeiten auf uns aufmerksam werden und durch die Delegierten und notorische Drückeberger kann man nur durch stetige Fühlungnahme für uns gewinnen. Bei Kleinarbeit wird der Erfolg nicht ausbleiben, nur Kleinarbeit hat die Organisation hochgebracht. Karl Dahms, Dortmund.

Im ländlichen Gebiet.

Im ländlichen Gebiet können die uns noch fernstehenden Kollegen am leichtesten erfaßt werden, wenn sie in Arbeit stehen. Während der Arbeitspausen oder in einer Betriebsversammlung müßte von redegewandten Kollegen etwa vier nachstehende Fragen gesprochen werden: 1. Was hat die Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert gelitten? 2. Wo wären wir ohne unseren Bund? 3. Welches Ziel verfolgt unser Bund? 4. Was bietet der Bund den Mitgliedern? 5. Die Arbeiterindifferenten unserer Gegner. — Bei Außenstehenden habe ich oft die Erfahrung gemacht, daß sie gewillt sind, unser Mitglied zu werden, wenn man sie besonders über vorstehende Fragen aufklärt. Sollte in der Aussprache ein Kollege in das parteipolitische Fahrwasser geraten, so ist an Hand des reichlichen Materials über Rußland und Italien aufzuzeigen, worauf unsere Gegner — KPD, und NSDAP. — hinauswollen. Vom Bundesvorstand müßte eine Druckschrift herausgegeben werden, die auch diese Fragen behandelt. Diese Schrift könnte dann von unseren Funktionären bei der Hausagitation benutzt werden. Paul Tietze, Schönau/Glogau-Land.

Mehr Rückgrat!

Wirkungsvolle Werbeitätigkeit muß ergänzt werden dadurch, daß alle Kollegen rücksichtslos und energisch den Unternehmern klarmachen, daß die Arbeiter ihr verbrühtes Recht nicht preisgeben. Es darf nicht so weit kommen, daß um persönlicher Vorteile willen die Grundsätze der Organisation mißachtet werden. Damit wird unsere Lage keineswegs verbessert, sondern das Gegenteil wäre die Folge. Von größter Wichtigkeit scheint mir die Bekämpfung der Zerstörungswut einzelner Kreise, die immer schon mit sich selbst nicht zufrieden waren. Sie finden in der jetzigen schweren Zeit einen guten Boden für ihr hetzerisches Treiben. Mit radikalen Worten läßt sich ja leicht Stimmung machen. Aber erreicht worden ist damit bisher noch nichts. „Im Anfang war die Tat!“ Allen Mißmutigen und Kleingläubigen muß klargemacht werden, wie es aussehen würde, wenn unsere Organisation nicht bestände. P. Dornblut, Wänilitz

Scharfe Diskonterhöhung der Reichsbank.

Die deutsche Reichsbank hat mit Wirkung vom 13. Juni den Diskont- und Lombardfuß um 2% auf 7 und 8% erhöht. Diese folgenschwere Maßnahme zeigt blickartig die Schwermietigkeit der Verhältnisse in Deutschland. Man bedenke: in den Vereinigten Staaten beträgt der Wechseldiskont der Notenbanken 1 1/2%, in Frankreich, Holland und in der Schweiz 2%, in London 2 1/2% um. Der Fußfuß der deutschen Reichsbank überlegen den Wechsel liegt um 4 1/2 bis 5 1/2% über denen der mit deutschen Industriewaren konkurrierenden Länder. Diesen scharfen Eingriff in die deutsche Wirtschaft hat die Reichsbank für notwendig erachtet, weil sie seit Mai in steigendem Maße gezwungen war, Gold und Devisen abzugeben. Es waren nicht immer wirtschaftliche Verhältnisse, die diesen Gold- und Devisenabfluß verursachten, sondern außen- und innenpolitische. Dazu beigetragen hat vor allem der Zusammenbruch der Oesterreichischen Credit-Anstalt. Folgerie doch das Ausland daraus, daß sich die Verhältnisse in Mitteleuropa allgemein auf schwankendem Boden aufbauen. Schuld haben auch die innenpolitischen Verhältnisse, die diesen Gold- und Devisenabfluß verursachen. So gar Regierungsparteien, wie die Deutsche Volkspartei, glauben der Regierung die Gefolgschaft verweigern zu müssen, weil sie ihren reaktionären Wünschen nicht weit genug entgegenkommen sei. Andere Schwierigkeiten politischer Art lind hinzugekommen. — Anstatt auf eine Geldverbilligung rechnen zu können, muß die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Verteuerung der Zinssätze in Kauf nehmen. Welche schwere Belastung diese Kreditverteilung bedeutet, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Der Wirtschaft wird eine weitere Fesseln angelegt. Das arbeitende Volk leidet darunter am meisten. Es scheint fast, als würden alle Teufel losgelassen, um den furchtbaren Krisenzustand zu verschärfen.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gelpert ist; das Abbruchgeleit von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Gesehbach, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwab in Emben wegen Tarifbruch; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die

Regiearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Okermoor bei Brunshütteloo (Baugewerkschaft Hebeoo); die Firma Geißler in Zeitz bei Hohenmölsen (Baugewerkschaft Zeitz) und in Weißenfels die Baustelle des Fleischermeisters Franz Wülfel, Amboi Zeipsiger Straße 6; die Firma Georg Neumann, Baugeschäft in Neustadt a. S., und die Firma Wenzel, Baugeschäft in Neustadt a. S., kammer in Geseh (Baugewerkschaft Hamm), Rheine und Schiffer (Baugewerkschaft Münster) sind alle Baugeschäfte wegen Lohnkürzung gestreikt.

Holierer: Gelpert ist die Holierfirma Riffer, Riel, Safenstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Löhner: Gelpert ist: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Oefen- geschäfte Oufuss Neumann, Gustav Hönike und Wöbme. Die Oefenfabrik der Oefenfabrik Bröderhaus in Reuditz (Baugewerkschaft Koblenz) stehen wegen Nichtzahlung des Tariflohns im Streik.

Aus den Baugewerkschaften

Erntemittlung. Es häufen sich die Klagen darüber, daß bei Bauten durch die öffentliche Hand nur Wohlfahrts- erwerbslose eingestell werden. Die Bauarbeiter erkennen zwar an, daß für diese langjährig arbeitslosen Arbeits- brüder eine Verdienstmöglichkeit geschaffen werden muß; aber daß dies ausschließlich auf Kosten der berufstätigen Bauarbeiter geschieht, hat bei ihnen gerechte Empörung erregt. Durch solche Maßnahmen werden bestimmt 90% aller Bauarbeiter zwangswelge zu Wohlfahrtsunterstützungs- empfangern gemacht. Wie steht es aber denn mit diesen sogenannten Wohlfahrtsbauten? Die Gemeinden bestimmen, wen die Unternehmer einzustellen haben. Dadurch wird die Gemeinde zum Teil mit ihren Ausgaben für die Wohlfahrtsbauten entlastet. Daß dies nur Scheinbar zutrifft, sei daran bewiesen, daß der andere Teil berufstätiger Bau- arbeiter durch ihre zwangswelge Fernhaltung von ihrem Beruf schließlich selber in die Reihen der Wohlfahrts- empfangner eingereiht werden muß. Das Resultat dieser beschädligen Maßnahme ist also in der Praxis gleich Null. Durch die an die Unternehmer zu zahlenden Zuschüsse aus Reichsmitteln werden bei Ausführung von öffentlichen Bauten diese Summen nur verschoben. Auf der einen Seite

glaubt man, durch die Einteilung von Wohlfahrtsempfäng- nern in das Baugewerbe etwas einzusparen, auf der an- deren Seite muß dieser Reichszufuß als Baufußfuß an die Unternehmer verausgabt werden. Von billigen Bauten ist also dabei nichts zu merken. Wozu das führt, beweist uns, daß in der Regel nur Wohlfahrtsempfänger mit über 20 M. wöchentlichem Unterfußfuß bei öffentlichen Bauten untergebracht werden. Den größten Vorteil aus diesen Maßnahmen hat das Unternehmertum. Es wird ihm ein bestimmter Verdienst, genannt Meisterlohn, garantiert. Das sonst übliche Risiko der Unternehmer bei Bauausführungen kommt in Wegfall. Man muß hier schon von selbständigen Unternehmern reden. Denn foudjodiel geteilte Arbeits- lunden mal Meisterlohn ergeben am Ende der Bauzeit ein dem Unternehmern garantiertes Einkommen. Das Ganze ist also eine Subventionierung der Unternehmer aus Reichs- mitteln. Ferner hat der Unternehmer die faktische Mög- lichkeit, allen noch nicht sechs Monate im Baubetrieb tätig gewordenen Arbeitern 10% weniger Lohn zu geben. Auch unsere Lehrlinge haben unter diesen von den Behörden getroffenen Maßnahmen ganz besonders zu leiden. Es wird bestimmt, daß bei 10 eingestellten Wohlfahrts- empfangern höchstens 2 bis 3 Lehrlinge mitbeschäftigt werden dürfen. Da aber die Ferner Unternehmern bis zu 12 Lehrlinge und darüber eingestellt haben, erweist sich auch hier, daß zwei Drittel der Lehrlinge ausgespart müssen. — Die Bauarbeiterchaft fordert, daß die maßgebenden Behörden alles tun, um der weiteren Verelendung der Bauarbeiter Einhalt zu gebieten. Die Anknüpfung der Wirtschaft darf durch solche unangebrachten Maß- nahmen keinen Rückschlag erleiden.

Waldenburg i. Schl. Die Bestimmungen in der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten sind für die Bauarbeiter untragbar. Wie kann in der heutigen Wirtschaftskrise überhaupt noch von einer berufstätigen Arbeitslosigkeit gesprochen werden, wenn mitten in der Bauzeit noch 60% fämtlicher Bauarbeiter erwerbslos sind! Unsere Bau- gewerkschaft zählt, unanbden nicht mitgerechnet, 2288 voll- erwerbssfähige Mitglieder, darunter sind 977 Bauarbeiter; davon arbeitslos 543 = 56%; 640 Bauhilfsarbeiter, davon arbeitslos 452 = 71%; 469 Tiefbauarbeiter, davon arbeits- los 307 = 66%; Lehrlinge 185, davon arbeitslos 73 = 40%. Im ganzen waren am 8. Juni 1931 3826 Kollegen gleich 60% unserer Mitglieder arbeitslos. Diese Zahlen beweisen das furchtbare Elend der Bauarbeiterchaft und widerlegen zugleich auch das Märchen von der

berufsmäßigen Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Zeit. Wir wollen Arbeit, und wenn uns die Arbeit beschieden wird, verlangen wir eine auskömmliche Entlohnung. Und die Sätze der Krisenfürsorge nicht auskömmlich sind, weil jeder einzelne. Wir verlangen deshalb die gleichwertige Behandlung in der Arbeitslosenversicherung. Unsere politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensleute müssen dafür sorgen, daß die Unterhaltungsstätte und die Unterhaltungsdauer nicht herabgesetzt wird!

Wiesbaden. (Karl Hartmann f.) Der langjährige Kassierer und Angestellte der Baugewerkschaft Wiesbaden, Kollege Karl Hartmann, ist nach langem schwerem Leiden am 12. Juni 1931 gestorben. Hartmann wurde im Jahre 1914 zum Angestellten des Bauarbeiter-Verbandes gewählt. Von 1914 bis 1918 mußte er diese Tätigkeit wegen Teilnahme am Weltkrieg unterbrechen. Nach der Entlassung aus dem Seeresidentium im Jahre 1918 war Hartmann noch bis zum Jahre 1926 als Kassierer der Baugewerkschaft Wiesbaden tätig. Unter schweren Verhältnissen hat er die Organisation der Bauarbeiter im Bezirk Wiesbaden mit aufbauen müssen. Karl Hartmann war auf verschiedenen Verbandstagen als Delegierter. Infolge eines schweren Leidens, das er sich im Kriege zugezogen hatte, mußte Karl Hartmann in den besten Jahren um seine Pensionierung nachsuchen. Im Alter von 55 Jahren hat ihn der Tod von seinem schweren Leiden erlöst. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit war Karl Hartmann auch für die Sozialdemokratische Partei eifrig tätig. Als Gemeindevorsteher seines Wohnortes Sonnenberg und später, nach der Eingemeindung mit Wiesbaden, hat er als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Wiesbaden zu jeder Zeit die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Die Bauarbeiterchaft hat in Karl Hartmann einen treuen und unermüdeten Kämpfer verloren. In der Geschichte der Arbeiterbewegung in Wiesbaden wird Karl Hartmann in Zukunft als einer von denen genannt werden, die an ihrem Aufbau tätigen Anteil haben.

Aus den Fachgruppen

Ein Jugendleiterkurzus. Für die Jugendleiter in den Jugendabteilungen der Dachdecker, Glaser, Stukkatoren und Töpfer wurde im Heim am Werlun vom 31. Mai bis 6. Juni ein einwöchiger Jugendleiterkurs abgehalten. Er sollte die in den Jugendabteilungen und Siedlungsausschüssen tätigen Kollegen mit der Jugendarbeit besser vertraut machen, Richtlinien für die fachliche Ausbildung in den Jugendabteilungen schaffen und neuen Impuls für die Jugendarbeit in den Berufsgruppen vermitteln. Beteiligt waren 5 Dachdecker, 7 Stukkatoren, 9 Glaser und 11 Töpfer (Ofenformer und Ofenleger). Als Einleitung besprachen die Reichsfachgruppenleiter die wichtigsten Fragen ihrer Gruppe. Im Anschluß daran wurden Vorträge über Jugendarbeit, Jugendpsychologie, Jugendrecht, Sozialversicherung, Gewerkschaftsgeschichte, Presse und Bauarbeiterchaft gehalten. Ein Tag wurde benutzt, um die wichtigsten Berufsfragen für Bauhandwerker mit ihren Vertretern für Maurer, Dachdecker und Stukkatoren zu besprechen. Auch das Bundeshaus und die Bauausstellung wurden besucht. Die Zusammenarbeit war gut. Es wird ermahnt, daß nunmehr die im Verhältnis zu den Maurer-Jugendabteilungen schwächer betriebene Jugendarbeit in den Jugendabteilungen der Glaser, Stukkatoren und Töpfer stärker wird. Die Dachdecker, die erst neu im Bunde sind, interessieren sich gleichfalls ausgiebig für das Material für die Ausgestaltung der Bauabende für Jungdachdecker. Auch hier wird es möglich sein, fachliche Ausbildungsarbeit zu leisten. — Die Kursteilnehmer werden die im Schulheim besprochenen Anregungen durchzuführen, fachliche und gewerkschaftliche Schulungsmöglichkeiten in den Jugendabteilungen treffen und dann der Reichsjugendleitung berichten. Im Winter dieses Jahres wird es sicher möglich sein, nach gleichen Richtlinien in allen Jugendabteilungen fachliche Schulungsarbeit zu leisten.

Töpfer und Fliesenleger.

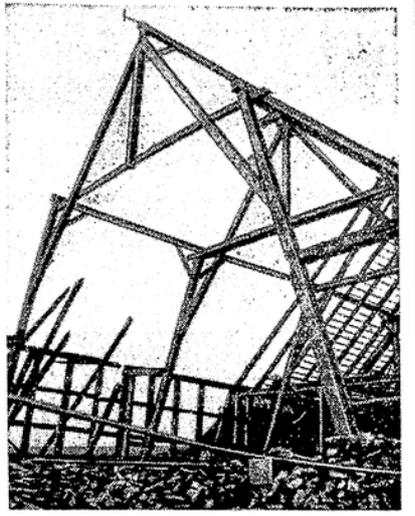
Coffbus. In einer Bezirksversammlung für die Töpfer, zu der Guben, Forst, Finsterwalde, Sorau, Senftenberg, Sommerfeld, Krausnick, Coffbus und Lübbau Vertreter entsandt hatten, sprach zunächst Kollege Pufe mann über heutzutage Fragen. In der Aussprache wurde gewünscht, derartige Vorträge regelmäßig wiederholen. Darauf gab Kollege Kemnig einen Bericht über den Lohnkampf bei den Ofenlegern und Ofenformern, sowie über die Lohnverhandlungen. Er streifte dabei den Weltener Streik sowie die Verfassungen der Handwerkskammern hinsichtlich der Lehrlinge. — Eine fast dreistündige Aussprache ergab völliges Einvernehmen mit der Zeitung der zentralen Lohnkommission.

Landsberg/Mark. In einer hier abgehaltenen Bezirksversammlung für die Töpfer waren Vertreter der Mitgliedschaften Landsberg, Küstrin, Weh, Soldin, Friedeberg, Neudamm, Meseritz und Schwern. Kollege Kemnig, Berlin, schilderte den Gang der Lohnverhandlungen für die Ofenformer und Ofenleger und erklärte, warum wir uns nicht gegen den Lohnabbau wehren können. Kollege Lütke, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte, unterrichtete die Ausführungen. Die Versammlung sprach der zentralen Schlichtungs- und Lohnkommission ihr Vertrauen aus. Die Kollegen Puchel, Küstrin, und Wunsch, Meseritz, schiederten noch eingehend die Bewegung in Meseritz zusammenzufassen. Dann hielt Kemnig noch einen Vortrag über die Grundfrage der Heilstechnik. In späterer Zeit soll auch ein Mitglied der heilstechnischen Kommission einen weiteren Vortrag halten. — Die Versammlung war sehr gut besucht, der Geist der Kollegen ausgezeichnet.

Vom Bau

Landsberg a. d. W. (Lippchen). Am 8. Juni, am gleichen Tage, als die Vertreter der Bauarbeiter zu einer maßvollen Kundgebung im Reichstagsgebäude versammelt waren und besseren Schatz für die Bauarbeiter forschten, ereignete sich in dem Siedlungsort Mellentin h. Lippchen ein großer Baunfall, wobei vier brave Mitglieder unseres

Bundes ihr Leben einbüßten. Die Baugewerkschaft Lippchen hatte in Mellentin die Abbrucharbeiten von alten Reichstagsgebäuden übernommen. Von einem Scheinriegel war bereits der obere Teil abgetragen worden. Am Fuße eines noch stehenden 38 Zentimeter starken Giebelteiles wurden von der Innenseite Löcher gebohrt, um den Rest des Giebels mit Hilfe von Hölzern umstoßen zu können. Es war aber erfolglos. Die Beschäftigten, ein Polier, zwei Maurer, zwei Bauphilarsarbeiter und ein Lehrling, machten sich deshalb bei dem Abzug



Nach dem Einsturz.

von alten Steinen an der Außenkante des Giebels zu schaffen, trotzdem der stehengebliebene Teil des Giebels nicht abgeklippt war. Plötzlich wurde der Giebel mit großem Getöse umgeworfen. Ein „Windstoß“ soll die Ursache gewesen sein. Vier Mann, der Polier Ernst Schönfeld, der Maurer Gustav Gräpp, Albert Dohbert und der Bauphilarsarbeiter Hermann Wunsch wurden unter den Trümmern des Giebels begraben. Während Gräpp, Dohbert und Wunsch nur als Leichen geborgen werden konnten, gab Schönfeld noch Lebenszeichen von sich. Aber im Krankenhaus ist auch er seinen Verletzungen erlegen. Ein Bauphilarsarbeiter und der Lehrling Olfemann brachten sich noch rechtzeitig in Sicherheit. — Was kritisiert hier die Schuld? Ist nun wieder die große Frage. Schief mehr auf euer Leben und auf die Gesundheit! muß die erste Antwort darauf sein. In der kapitalistischen Wirtschaft kann es bei Arbeitsstellungen immer nicht schnell genug gehen. Ist dann ein Unfall von einem solchen Umfange eingetreten, dann erst kommt bei den Überlebenden die Selbstbestimmung. — Nach monatelanger Arbeitslosigkeit endlich wieder einmal Arbeit erhalten, umlauern dann die Bauarbeiter die Berufsgesahren und fordern ihre Opfer auf dem Kampffeld der Arbeit. Habt mehr acht!

Allgemeine Rundschau

Der „Grundstein“ beim Papst. Unter dieser Überschrift schnuppert in ihrer Nr. 23 die christliche „Baugewerkschaft“ an unserem Aufsatz in Nr. 22 „Quadragesimo anno“ herum. Wir nehmen es dem Blatt nicht übel, wenn es durch diesen Angriff unruhig wird und glaubt, durch ihn an Gefolgshaftigkeitsverlust. Bemerkenswert ist, daß die „Baugewerkschaft“ über die Ausführungen des Erzbischofs Dr. Jordac und des Jesuitenpeters Wilmart, anstatt binwegzuschlüpfen und sich vor allen Dingen beschäftigt mit dem Satz im päpstlichen Rundschreiben, daß man „nicht gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist“ sein könne. Was ein „wirklicher“ Sozialist ist, das sagt weder der Papst noch sagt es uns die christliche „Baugewerkschaft“. Im übrigen bleiben wir dabei, daß sich einflucht auch der Katholizismus mit dem Sozialismus nicht abfinden müssen. Der eberne Gang der Wirtschaftsentwicklung sollte auch unseren Kollegen in jenem Lager zu denken geben. Daß der Sozialismus, der, wie ihn Marx „kalt und hart“ gelehrt hat, heute in Rußland gelebt und erlebt

Ohne Beitragsleistung kein Fortschritt!
Für die Woche vom 21. bis 27. Juni ist der 26. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

wird, ist eine funktionsgeladene Entdeckung der „Baugewerkschaft“. Was wir dort sehen, ist Staatskommunismus und nichts anderes. Ferner gerichtet sich die „Baugewerkschaft“ den Kopf darüber, was wohl die Kommunisten zu unserem Aufsatz „Quadragesimo anno“ sagen mögen. Und das Blatt kommt sich in der Erwartung, daß sie uns und dem „klassen Sozialismus“ die Feststellung des Papstes als Verrat an den sozialistischen Grundfragen unter die Nase reichen werden. Der „Baugewerkschaft“ sei verraten, daß es uns völlig schnuppe ist, was die Kommunisten zu unserem Aufsatz sagen. Wir betreten unseren Standpunkt und unsere Anschauung und damit basta! Womit nicht gesagt sein soll, daß auch die „Baugewerkschaft“ nicht das Recht hat, dies ebenfalls zu tun. Nur wissen wir nicht, ob ihren

„Überlegungen“ nicht etwas Verlegenheit anhaftet. Es ist immer schwer, eine nicht ganz einwandfreie Sache nach alter Schablone zu verteufeln, zumal auch die christlichen Bauarbeiter in der Wirtschaft leben und tagtäglich am eigenen Leibe verspüren, wie „munderbar schön“ die kapitalistische Wirtschaft auf ihr Leben und ihre Verhältnisse wirkt. Eine solche Betrachtung hat allerdings mit „Weltanschauung“ weniger zu tun; aber es ist immerhin merkwürdig, daß katholisch-weltanschaulich eingestellte Unternehmer gleich allen anderen Unternehmern schrittlos in einer Organisation Unternehmerrückwärts verdrängen, während viele katholisch-weltanschaulich eingestellte Arbeiter sich einen besonderen Gewerkschaftsfladen glauden leisten zu müssen. Das liegt allerdings — wie verstanden wird — an der besonderen „Weltanschauung“. Merkwürdig nur, daß das nur für Arbeiter gilt!

Der Arbeitsmarkt in Deutschland. In der zweiten Hälfte des Monats Mai ist die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich um 144 000 vermindert. 4 067 000 Arbeitslose waren Ende Mai bei den Arbeitsämtern eingetragen. Als Hauptunterstützungsempfänger bei der Arbeitslosenversicherung wurden 1 579 000 gezählt. In der Krisenfürsorge betrug die Zunahme 15 000. Dort gibt es 920 000 Unterstützungsempfänger. Die saisonmäßigen Einflüsse haben am meisten zur Verringerung der Lage beigetragen. Im Laufe der letzten Monate wurde der Arbeitsmarkt insgesamt um 913 000 entlastet. Trotz dieser erheblichen Entlastung ist die Arbeitslosigkeit noch sehr hoch. Ende Mai 1930 waren 2 635 000 Erwerbslose vorhanden. Da Ende Mai die Entlastung des Arbeitsmarktes aus saisonmäßigen Gründen den Höhepunkt zu erreichen pflegt, ist von dieser Seite her mit einer größeren Entlastung des Arbeitsmarktes kaum zu rechnen. Ein Arbeitslosenstand von 4 Millionen am Anfang Juni ist ein Warnungszeichen von großer Eindringlichkeit!

Wo steht unsere Lohnpolitik? Zu diesem Aufsatze in unserer Nr. 22 äußert sich der Kollege Wilhelm Selau in Düsseldorf. Er ist mit dem Inhalt einverstanden und stellt fest, daß auch die Unternehmer nicht an das Allheilmittel Lohnabbau glauben. Ein in unserer Bewegung stehender Genosse habe kürzlich einen bekannten Wirtschaftsführer gefragt: „Glauben Sie denn daran, daß durch den Abbau der Löhne und Gehälter Ihre Selbstkostenpreise bedeutsam beeinflußt werden?“ Darauf antwortete dieser Herr ganz halbschamig: „Das glaube ich ebenso wenig wie Sie.“ Der Kollege Selau wundert sich darüber, daß jener „Wirtschaftsführer“ auf diese Weise sein Leiborgan, das politische Schachmatt, „Dauflage, Allgemeine Zeitung“ bloßstelle. Darauf kommt es in jenen Stellen gar nicht an. Es handelt sich für sie darum, ihre Schachmattpläne zu verwirklichen durch größtmögliche Schikanierung der Arbeiter. Man glaubt, es auf diese Weise zu einem Putsch treiben zu können, bei dem der Faschismus die Oberhand gewinne und daß dann für alle industriellen Schachmattspieler per se die Löhne in Deutschland anfallen würden. Es freut uns, daß Kollege Selau versteht, die junge Generation der Sozialisten werde trotz alledem den Sieg der Arbeiterchaft zu erkämpfen wissen. Bravo! Mögen alle jungen Kollegen derartig eingestellt sein!

Unser an den Reichsanzler gerichteter Schreiben vom 11. Juni betreffend Notverordnung vom 5. Juni 1931 — mitgeteilt in der vorhergehenden Nummer des „Grundstein“ — ist nach einer Mitteilung der Reichskanzlei dem für die in dem Schreiben behandelten Fragen in erster Linie zuständigen Reichsarbeitsminister zugeleitet worden.

Führung durch die landwirtschaftliche Siedlungsausstellung auf der Deutschen Bauausstellung, Berlin. Sachkundige Führung durch die Siedlungsausstellung auf der Deutschen Bauausstellung gegen Zahlung von 20 % je Person übernehmen die Herren Heinrich und Pfannschmidt. — Vereine, Gruppen, Gewerkschaftsangehörige usw. entsprechende Ermäßigung. — Man bediene sich beim Besuch dieser Ausstellung ihrer Siedlung im Vorraum der vom Preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten veranstalteten Siedlungsausstellung.

Werkstoffe freieren Flugport. Der „Sturmvogel“ Flugverband der Werkstoffigen e. V. beginnt das dritte Jahr seiner Tätigkeit. Bei dieser Gelegenheit darf man einen Blick zurückwerfen auf die Zeit seines Entstehens. Luftfahrt — Sache des ganzen Volkes, „Flugport muß Volkssport werden“, mit diesen Leitlinien trat der junge Flugverband in die Öffentlichkeit. Die Rechnung, daß auch auf diesem Gebiet eine Massenorganisation der Werkstoffigen das bisher Unreichbare verwirklichen könne, hat sich als richtig erwiesen. „Sturmvogel“ bewies es. Überall in Deutschland sind Ortsgruppen des Verbandes emporwachsende und noch immer, mehr fadenförmig, auch in kleinen Orten haben sich genügend Fluggezielte zusammengefunden. Die Zahl der Gruppen ist nach wie vor im Wachsen und beträgt zur Zeit 193. Viel praktische Arbeit ist in primitiven Baufeldern mit bescheidenen Mitteln geleistet worden. Über 200 Segelfluggzeuge wurden von den Baufeldgruppen bisher gebaut. Ja, es gibt Gruppen, die bereits vor der Vollendung des dritten und vierten Flugjahres stehen. Sundry von Flugpiloten wurden auf dem Segelflügen des Verbandes in die Kunst des Gleit- und Segelfliegens angeleitet, und im kommenden Rhein-Segelflug-Wettbewerb wird der „Sturmvogel“ zum ersten Male am Start erscheinen. Der Flugverband der Werkstoffigen verfügt auch über eine stattliche Zahl von Verkehrs- und Sportmaschinen. Auch den Selbstbau von Motorflugzeugen hat er erfolgreich begonnen. Der Typ eines Volksflugzeuges, das nur wenige hundert Mark an Baukosten verlangt, wird weiter entwickelt. In Kürze hofft der „Sturmvogel“ so viele dieser Maschinen zu besitzen, daß in jeder Gruppe auch der Fernste praktisch zum Fliegen kommt. So ist durch das Wirken des „Sturmvogel“ der Flugport trotz der bitteren Not schwerer Krisenjahre heute schon gesunder und billiger, ein wahrer Volkssport geworden.

In die organisierte Arbeiterschaft richtet der Arbeiter-Sängerbund eine Kundgebung. Die Wirtschaftskrisis rüttelt an allen Organisationen des Proletariats. Gewante Kräfte allein können die Erhaltung, den weiteren Ausbau ermöglichen. Das erkennt jeder christliche Prolet — nicht immer aber der unter Befehl der K.P.D. stehende Arbeiter. Die

